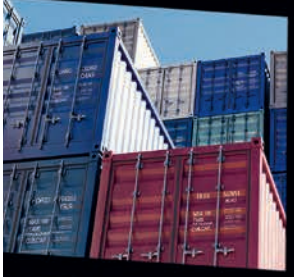
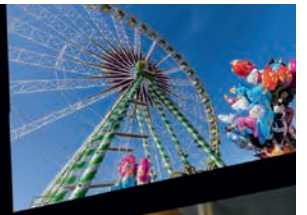




| | |
|----|-----------------------|
| 1 | - Zug fällt heute aus |
| 6 | - Zug fällt heute aus |
| 11 | - Zug fällt heute aus |
| 7 | t Bus - Verspätung ca |



Wohlstand für Alle

Marktwirtschaft kann Krise besser

Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung

Rittal – Das System.

Schneller – besser – überall.

Erfahren Sie mehr:

www.rittal.de/CO2Footprint



Sustainability that works

CO₂ reduzieren auf die Blue  Art

Entdecken Sie die weltweit effizientesten Klimatisierungslösungen mit durchschnittlich 75 % Energieeinsparung und Smart Service-Konzepte für mehr Nachhaltigkeit von Maschinen und Anlagen.

SCHALTSCHRÄNKE

STROMVERTEILUNG

KLIMATISIERUNG

IT-INFRASTRUKTUR

SOFTWARE & SERVICE

FRIEDHELM LOH GROUP



Editorial

Mit Sozialer Marktwirtschaft aus der Krise!

Inzwischen ist unübersehbar, dass der globale Wettbewerb der Wirtschaftssysteme wieder voll entbrannt ist, und auch das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft wird sich in diesem Wettbewerb beweisen müssen. Besorgt sehen wir, dass der staatliche Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft in vielen Ländern zunimmt. Allen voran in China, das den zwischenzeitlich eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Kurs verlassen hat und nun die Wirtschaft autokratisch zu steuern versucht. Fremde Märkte werden aggressiv erobert, der eigene aber wird nach außen abgeschottet und Autonomie angestrebt.

Auch in Demokratien ist Marktwirtschaft nicht selbstverständlich. Die USA haben als weiterer Wirtschaftsraum von geopolitischer Bedeutung das protektionistisch geprägte Programm „America First“ von Donald Trump auch nach dessen Abwahl nicht verlassen und sind als Stimme für einen weltweit freien und fairen Handel kaum noch hörbar. In der Europäischen Union wie auch in Deutschland selbst erleben wir, dass viele Lebensbereiche durch staatliche Vorgaben so reglementiert werden, dass die Freiheit der Bürger stark beschränkt wird und Marktkräfte zum Erliegen kommen.

Der Impuls von Politikern und Bürgern, zur Bewältigung von Krisen den Staat auf den Plan zu rufen und in die vermeintliche Pflicht zu nehmen, ist nachvollziehbar. Doch das ist nicht gefahrlos. Hat der Staat sich erst mal breit gemacht, ist er wie eine wuchernde Pflanze nur mühsam zurückzudrängen – und zudem mit den ihm übertragenen Aufgaben oft überfordert.



**Prof. Dr. h.c.
Roland Koch,**
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-
Stiftung.



1897 · Ludwig Erhard · 2022

Theorie und Empirie zeigen, dass sich Krisen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten besser bewältigen lassen als mit Dirigismus. Nicht zuletzt die mutige Einführung der Marktwirtschaft in Deutschland durch Ludwig Erhard 1948 und der folgende wirtschaftliche Aufschwung sind eindrucksvolles Beispiel. In diesem Sinne hat die Ludwig-Erhard-Stiftung im 125. Geburtsjahr ihres Stifters das nun sechste Heft der Reihe „Wohlstand für Alle“ vorgelegt und mit dem salopp formulierten Titel „Marktwirtschaft kann Krise besser“ versehen.

Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Publizistik legen dar, dass nicht durch Planwirtschaft und Gängelung, sondern vorrangig durch das Vertrauen in Marktprozesse und die Mündigkeit der Bürger Kreativität und Schaffenswille in einer Weise freigesetzt werden, dass daraus Wohlstand und gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen können.

Die Botschaften Ludwig Erhards gehören auch in den täglichen öffentlichen Diskurs. Dazu hat die Ludwig-Erhard-Stiftung am 1. September dieses Jahres das „Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft“ in Berlin gegründet. Das Forum wird nationale und globale Entwicklungen analysieren sowie auf Basis wissenschaftlicher Expertise Positionen zu Fragen der Wirtschaftsordnung entwickeln. Ziel ist ein Brückenschlag zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf dem Fundament von Ludwig Erhards ordnungspolitischen Überzeugungen, deren starkes Fundament die Werte von Freiheit und Verantwortung sind.

Inhalt

IMPRESSUM

„Wohlstand für Alle – Marktwirtschaft kann Krise besser“ Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung in der Holderstock Media GmbH, München

Herausgeber

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
Johanniterstr. 8, 53113 Bonn

V.i.S.d.P.

Marcus M. Lübbering (Adresse wie Hrsg.)

Redaktion

Berthold Barth

Lektorat

Renate Haen

Bild, Grafik, Produktion, Chef vom Dienst

Astrid Larsen, Alexandra Handgröndiger

Verlag

Holderstock Media GmbH,
Seidlstr. 26, 80335 München

Geschäftsführung

Marion Lummer, Sonja Röner,
Dr. Frank-B. Werner

Anzeigen

Belinda Lohse (verantwortlich,
Adresse wie Verlag)
Tel. 089/272 64-160; Fax: -198

Druck

Dierichs-Druck+ Media GmbH & Co. KG
Frankfurter Straße 168
34121 Kassel

Veröffentlichung gemäß § 8 Abs. 3 Bayerisches Pressegesetz

Gesellschafter der Holderstock Media GmbH,
München: Entwurf Partner AG, Hauptstr. 39,
CH-9053 Teufen (Verwaltungsrat Guido Koller,
Treuhand, Gais), Marion Lummer, Sonja
Röner (Anschrift wie Verlag)

Namensbeiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.

©2022 für alle Beiträge bei der Holderstock
Media GmbH. Nachdruck (auch auszugs-
weise) nur mit Genehmigung des Verlags

- 3 Roland Koch – Editorial**
Mit Sozialer Marktwirtschaft
aus der Krise!
- 6 Werner Plumpe**
Marktwirtschaft kann
Krise besser. Ein historischer
Rückblick
- 12 Marcus M. Lübbering**
George Orwells „1984“
reloaded?
- 14 Martin Rhonheimer**
Der Kapitalismus hat nicht
versagt. Er braucht auch
keinen „Great Reset“
- 18 Christoph M. Schmidt**
Die Marktwirtschaft im
Systemwettbewerb
- 20 Stefan Kooths**
Weniger Ballast, mehr
Freiraum. Ein Plädoyer
gegen Schulden
- 24 Linda Teuteberg, Carsten
Linnemann, Berthold Barth**
Ein Gespräch über aktuelle
Krisen, die Lust der Politik an
Interventionen und Ludwig
Erhards marktwirtschaftlichen
Gegentwurf
- 28 Frank Schäffler**
Souveränität statt Autarkie. Ein
Plädoyer für die Globalisierung
- 30 Stefan Kolev**
Ordnungspolitik als Bewahrung
fragiler Ordnungen
- 34 Peter Schallenberg**
Freiheit und Verantwortung
als Pfeiler der Sozialen Markt-
wirtschaft
- 36 Thomas Mayer**
ESG: Keine eierlegende Woll-
milchsau. Überlegungen eines
Investors
- 40 Agnes Neher**
Zu viel des Guten? Gedanken
zur ESG-Regulierung
- 42 Theresia Theurl**
Genossenschaften können
Krise besser
- 44 Ulrich Blum**
Marktwirtschaft ist
Schwarmintelligenz
- 46 Bettina Stark-Watzinger**
Demokratie braucht Bildung
- 48 Katherina Reiche**
Deutschland braucht auch
in der Energiebranche mehr
Ludwig Erhard
- 50 125 Jahre Ludwig Erhard:
Gewinnspiel**
Jetzt mitmachen und
interessante Preise gewinnen

Anzeige

„Wohlstand für alle“ – Wir haben die ideale Plattform

gettex[®]

So schnell.

- ✓ Echter Realtime-Handel
- ✓ Schnelle Ausführung direkt mit den Market Makern

So günstig.

- ✓ Keine Maklercourtage
- ✓ Kein Börsentgelt
- ✓ Kostenlose Realtime-Kurse

So viel.

- ✓ 390.000 Zertifikate
- ✓ 7.500 Aktien
- ✓ 4.000 Fonds
- ✓ 13.800 Anleihen
- ✓ 2.300 ETPs, darunter 60 Krypto-Assets

So Börse.

- ✓ Handelsüberwachung
- ✓ Börsliches Regelwerk
- ✓ Intelligente Ordertypen

Technik fürs Leben



BOSCH



High-tech #LikeABosch

Mit vielen intelligenten, vernetzten und nachhaltigen Lösungen für ein smartes Leben.

Wir bei Bosch verfolgen eine klare Mission: Ihr Leben so einfach und smart wie möglich zu gestalten. Dafür entwickeln wir Lösungen, die Ihnen den Alltag erleichtern, kostbare Zeit sparen und Ihre Umwelt schonen.

[bosch.com](https://www.bosch.com)

Marktwirtschaft kann Krise besser

Auch wenn in der Vergangenheit kaum ein Beleg zu finden ist, dass staatliche Intervention eine Wirtschaftskrise bereinigt hätte, hält sich in politischen Kreisen hartnäckig die Steuerungsillusion, beobachtet **Werner Plumpe**. Auch von der aufziehenden Inflation verspricht er sich keine Besserung

Die Weltwirtschaft der Gegenwart ist in einem überaus fragilen Zustand. Dabei sind es nicht allein die politischen und militärischen Konflikte, die deren Stabilität ernsthaft gefährden. In großen Teilen der Politik besteht die Hoffnung, der Wirtschaft eine neue Ausrichtung geben zu können, eine Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen, die eine immer umfassendere staatliche Regulierung verlangt.

Dahinter steckt die Überzeugung, dass eine spontane Koordination der Wirtschaft über Märkte unzureichend, eine entsprechende staatliche Steuerung hingegen zielgerichtet und erfolgreich sein könne. Dafür sind Teile der Politik auch bereit, erhebli-



Prof. Dr. Werner Plumpe lehrt Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe Universität in Frankfurt. 2014 wurde er mit dem **Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik** ausgezeichnet.

che finanzielle Mittel aufzuwenden, die den ohnehin großen staatlichen Aufwand, der in vielen europäischen Staaten mittlerweile knapp unter der Hälfte der Wirtschaftsleistung liegt, weiter aufblähen. Da über Steuern und Abgaben dieser Aufwand nur bedingt zu leisten ist, hat die Staatsverschuldung drastisch zugenommen. Ob das Versprechen einer Art „grüner Wirtschaftsrevolution“ erfolgreich sein wird, muss sich zeigen. Die historischen Erfahrungen lassen nicht unbedingt Gutes ahnen, und die sich ausbreitende Inflation zeigt, dass es auf keinen Fall einfach wird.

Gleichwohl ist die Marktwirtschaft auf dem Rückzug, ja das deutsche Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“



Vorbild US-Präsident Roosevelt, EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, EZB-Präsidentin Lagarde. New Deals

wird derzeit nicht zuletzt durch die Inkaufnahme der hohen Inflationsraten geradezu demontiert. Denn die produktivitätsorientierte Lohnpolitik, das Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft und die Voraussetzung dafür, dass wachsender Wohlstand nicht zu Verlusten an internationaler Wettbewerbsfähigkeit führte, hing (und hängt) an stabilen Preisen, was früher der Führung der Bundesbank und den verantwortlichen Kreisen der deutschen Politik auch völlig klar war.

Kein Respekt vor Marktwirtschaft

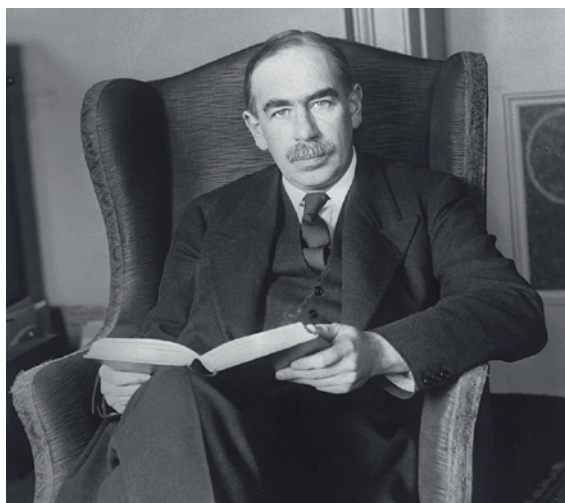
Doch mit der Währungsunion hat das Land nicht nur seine geldpolitische Souveränität aufgegeben und damit einen Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft fahrlässig zur Disposition gestellt; gegenwärtig scheint auch der Respekt vor der Marktwirtschaft rasant zu schrumpfen, zumal die Europäische Zentralbank ganz anders als die Bundesbank sich letztlich wie ein politischer Akteur verhält, der an politischen Handlangerdiensten bei der Bewältigung der hohen Staatsverschuldung interessiert ist und den Märkten folgerichtig eher misstraut.

Auf historische Erfahrungen kann sich die aktuelle Bereitschaft, überall da, wo es politisch geboten erscheint, den Markt als Koordinationsform einzuschränken und in eine Art Verwaltungswirtschaft einzusteigen, nicht berufen, denn eine staatliche Krisenbewältigung mit administrativen Mitteln oder eine entsprechende staatliche Wirtschaftssteuerung, die Erfolg gehabt hätte, ist aus der Wirtschaftsgeschichte nicht bekannt. Es existiert kein einziges Beispiel für erfolgreiche staatliche Krisenbekämpfung; auch die anfänglich hochgelobten Reaktionen auf die Weltfinanzkrise 2008/09 haben außer einer wundersamen Geldvermehrung und der Bekämpfung der Verschuldungsfolgen durch noch höhere Verschuldung wenig Positives bewirkt, wie die derzeitige Kumulation von Krisenphänomen zeigt.

Eine erfolgreiche staatliche Krisenbewältigung ist nicht bekannt

Das Gegenargument lautet in der Regel: Hätte der Staat der Krise zugeschaut, wären die Folgen noch viel dramatischer gewesen, wie ja ein Blick auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er belege, in der sich die Mehrzahl der Staaten lange zurückgehalten, ja geradezu prozyklisch verhalten hätte – wobei in der Regel der damalige Reichskanzler Heinrich Brüning als negativer Beleg herhalten muss. Er habe durch seine Deflationspolitik die Krise willkürlich verschärft und damit die Zerstörung der politischen Stabilität mehr oder weniger billigend in Kauf genommen.

Ob sich die Weltwirtschaftskrise als Beispiel eignet, ist indes sehr die Frage. Will man nicht Hitlers kreditfinanziertes Aufrüstungsprogramm als Beispiel gelungener (keynesianischer) Konjunkturpolitik bemühen, so gibt es kein einziges Beispiel für staatlich induzierte Krisenüberwindung in der Zwischenkriegszeit. Auch Franklin Roosevelts legendärer New Deal war ökonomisch keineswegs von Erfolg gekrönt. Die USA verließen den Krisenmodus, in den sie mit der Weltwirtschaftskrise hineingerutscht waren, erst mit dem Zweiten Weltkrieg. ➤➤



Reichskanzler Heinrich Brüning, Ökonom John Maynard Keynes, Bundeskanzler Konrad Adenauer. Nachkriegskonzepte

►► Es ist dabei freilich notwendig zu differenzieren, um Missverständnisse zu vermeiden. Die Erfolglosigkeit ist vor allem ein Merkmal der Konjunkturpolitik im engeren Sinne, während staatliche Maßnahmen zur Milderung von Krisenfolgen durchaus sinnvoll und hilfreich waren; nicht ohne guten Grund wird heute von „automatischen Stabilisatoren“ gesprochen, wenn es etwa um die Leistungen der Arbeitslosenversicherung geht, die nicht nur Elend begrenzen, sondern auch die Nachfrage stabilisieren. Nur handelt es sich hierbei um einen Ansatz, mit dem offenkundigen Phänomen konjunktureller Schwankungen und Krisen klug umzugehen, und nicht um den Versuch, diese Krisen ganz zu verhindern.

Beispiele hierfür gibt es viele. So finden sich Liquiditätshilfen für angeschlagene, aber im Kern gesunde Handelshäuser schon im 18. und verstärkt dann im 19. Jahrhundert. Die Bank von England setzte auch mehrfach den Bank Act aus, um Liquiditätsengpässe zu mildern, und im 20. Jahrhundert führten Arbeitslosenversicherungen und staatliche Sozialmaßnahmen dazu, die schlimmsten Folgeerscheinungen von Wirt-

schaftskrisen sozial erträglicher zu gestalten. Hier kann man über Höhe und Passgenauigkeit einzelner Maßnahmen durchaus streiten; im Kern aber sind sie in ihrer Folgerichtigkeit kaum zu bestreiten.

Vermeintliche Handlungszwänge

Aber zurück zur eigentlichen Politik der Krisenbekämpfung und -verhütung, die historische Erfahrungen kaum berücksichtigen wird, wenn Handlungszwänge zu existie-

Staatliche Maßnahmen zur Milderung von Krisenfolgen waren durchaus hilfreich

ren scheinen, denen sich politisches Handeln nicht glaubt entziehen zu können. Und insofern waren die Folgen der Weltwirtschaftskrise groß, weil das öffentliche Vertrauen in eine liberale Wirtschaftspolitik, die zuvor

relativ unstrittig war, durch die Ausmaße der Krise zerstört wurde. Ob man von einer keynesianischen Revolution sprechen kann, soll hier offenbleiben. So revolutionär war Keynes' Position nicht, doch brachte er die Idee einer staatlich finanzierten Krisenpolitik auf, die immer dann greifen sollte, wenn die Wiedergewinnung des Marktgleichgewichts blockiert blieb oder die Krise zu lange dauerte. Dann sollte der Staat mit Krediten die Nachfrage ankurbeln, mit Krediten, die er, wenn der Aufschwung an Fahrt gewann, ja problemlos wieder tilgen könnte.

Gemeinsam mit anderen ökonomischen Überlegungen begründete dieses Konzept das in der Nachkriegszeit überaus erfolgreiche Programm der neoklassischen Synthese, der sogenannten „Globalsteuerung“, nach der der Staat durch sein Handeln ein gleichgewichtiges Wirtschaftswachstum ermöglichen könne. Ökonomische Entwicklungsstörungen sollten nun im Vorhinein prospektiv verhindert werden – die sogenannte „antizyklische Konjunkturpolitik“.

Im Wiederaufbau nach dem Krieg war dieses Programm für die meisten westlichen Regierungen prägend;



Wirtschaftsminister mit unterschiedlichen Konzepten: Ludwig Erhard, Karl Schiller. Autobahnspaziergänger in der Ölkrise 1973

lediglich der ordoliberalen Ansatz des westdeutschen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard hielt hiervon wenig. Erhard favorisierte das freie Agieren der Marktkräfte, entsprechende vollständige Konkurrenz und damit eine hohe ökonomische Effizienz. Unmittelbare Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe waren in der Sozialen Marktwirtschaft nicht ausgeschlossen, aber jedenfalls nicht vorrangig, da die Überzeugung bestand, unter freien Bedingungen stellen sich effiziente Marktgleichgewichte auch ohne staatliche Hilfen ein.

Erhard agiert ungeschickt

Angesichts der hohen Wachstumsraten der 1950er und 1960er konnte sich jeder politische Ansatz bestätigt fühlen, doch machte die leichte Rezession der Jahre 1966/67 vor allem der liberalen Konzeption Ludwig Erhards in kurzer Zeit den Garaus. Erhard agierte als Kanzler in der Krise ungeschickt; vor allem aber konnte sein wirtschaftspolitischer Konkurrent von der SPD, Karl Schiller, auf internationale Erfahrungen verweisen, die Erhard geradezu altbacken erscheinen ließen. Schiller wurde nach Erhards Rückzug neuer Wirtschaftsminister einer großen Koalition aus Union und SPD.

Unter seiner Führung bekannte sich das Wirtschaftsministerium rasch zu einer deutlichen Ausweitung der Rolle des Staates, deren deutlichster Ausdruck das heute noch geltende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vom Sommer 1967 wurde. Der Staat sollte hiernach gleichzeitig für Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sorgen. Das damit fixierte „magische Viereck“ machte die Globalsteuerung faktisch zur verpflichtenden Aufgabe des Staates, und zwar in bewusster Absetzung von der Wirtschafts-

Karl Schiller und mit ihm die Sozialdemokratie favorisierte größeren staatlichen Einfluss

politik Ludwig Erhards, dem man vorwarf, auf die kleine Wirtschaftskrise von 1966/67 nicht angemessen reagiert zu haben.

Karl Schiller und mit ihm die Sozialdemokratie waren klare Kritiker der liberalen Wirtschaftspolitik Erhards und favorisierten völlig unabhängig von der Krise 1966/67 einen größeren staatlichen Einfluss, weil sie der Ansicht waren, dass sich ökonomischer Strukturwandel allein marktwirt-

schaftlich nicht zufriedenstellend bewerkstelligen lasse.

Schiller startet Globalsteuerung

Die ersten Erfahrungen mit der Schillerschen Globalsteuerung schienen den Erwartungen auch zu entsprechen. 1968 sprang die Konjunktur wieder an, und nicht zuletzt wegen der großzügigen staatlichen Finanzpolitik bei gleichzeitiger deutlicher Erhöhung der Verschuldung gewann die Konjunktur in den kommenden Jahren derart an Fahrt, dass es 1973 in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Globalsteuerung und der antizyklischen Wirtschaftspolitik zu konjunkturpolitischen Bremsmaßnahmen (unter anderem einer Investitionsabgabe) kam.

Sie belasteten die Konjunktur indes nicht nur in einer ohnehin abflachenden Phase; mit dem mas- ►►

Anzeige

MERKUR
PRIVATBANK 



bis zu
2,5 %
p.a.

**Exklusiv für Wertpapieranleger
bis zu 2,5 % p.a.**

☎ 086 59 99 80 🌐 www.merkur-privatbank.de

►► siven Anstieg der Ölpreise im Herbst 1973 kam ein externer Krisenfaktor hinzu, sodass das Jahr 1974 den erneuten Ausbruch einer nun allerdings schweren Wirtschaftskrise sah, die bis 1975 anhielt und die Arbeitslosenzahlen auf über eine Million trieb. Diese Krise war auch deshalb von großem Gewicht, weil sie fast alle entwickelten kapitalistischen Länder traf, die gemeinsam in ähnlicher Weise mit einer offensiven Konjunkturförderung, nicht selten durch neue Schulden finanziert, reagierten.

Neues Phänomen Stagflation

Helmut Schmidts Hoffnung, dass die durch die staatlichen Maßnahmen verschärfte Geldentwertung durch eine Zunahme des Wachstums mehr als kompensiert würde („Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“) ging jedoch nicht in Erfüllung. Stattdessen sah sich die staatliche Wirtschaftspolitik in den Folgejahren mit dem Phänomen der Stagflation konfrontiert, also einer stagnierenden Konjunktorentwicklung bei gleichzeitig hoher Inflation.

Da die Bundesbank auf die steigende Inflation restriktiv reagierte und sich durch die Aufgabe des Wech-

Stagflation kombiniert stagnierende Konjunktur mit gleichzeitig hoher Inflation

selskurssystem von Bretton Woods auch die internationale Stellung der D-Mark deutlich verbesserte, kam die Bundesrepublik mit einer Inflation zwischen sieben und acht Prozent recht glimpflich davon. Schwerer traf es Länder, die ohnehin Probleme hatten, sich in der schärfer werdenden globalen Konkurrenz zu behaupten und deren Währungen nach 1973 deutlich abwerteten – wie die USA, Großbritannien oder Italien. Großbritannien wurde mit einer Geldentwertung von über 20 Prozent und massiven Zahlungsbilanzproblemen zum finanziell kranken „Mann Europas“.

Auch die USA verloren über die hohe Inflation gleichzeitig an Produktivität wie an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und standen Ende des Jahrzehnts ebenso hilflos

da wie die Labour-Regierung von James Callaghan in London. Der Keynesianismus als Instrument der Krisenbekämpfung war offenbar gescheitert und riss nun seine Protagonisten mit sich und spülte Strömungen nach oben, die dem staatlichen Gestaltungswillen deutlich skeptischer gegenüberstanden und einer zum Teil durchgreifenden Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Strukturen das Wort redeten.

Diese Strömungen waren umso stärker, je verheerender die Folgen des Keynesianismus ausgefallen waren – und erwiesen sich nach und nach auch dort als erfolgreich, wo die „Entfesselung“ der Marktkräfte zusätzlich den Strukturwandel beschleunigte, namentlich im Bereich des Abbaus veralteter industrieller Strukturen in Großbritannien.

Liberaler Gegenbewegung

Entsprechend hart waren die sozialen Auseinandersetzungen, doch ihre Erfolge gaben Margaret Thatcher zumindest im Nachhinein recht. Auch die Labour-Regierung unter Tony Blair, die auf die konservative Dominanz in London in den 1990ern folgte, hielt im Kern an der liberalen



Bundeskanzler Helmut Schmidt, Premierministerin Margaret Thatcher, Börsenhändler in der Weltfinanzkrise 2008

Wirtschafts- und Finanzpolitik der Thatcher-Regierung fest.

Dass nicht alle liberalen Träume in den Himmel wachsen, zeigte schließlich die Weltfinanzkrise der Jahre 2007/08. Hier sollte man sich indes vor vorschnellen Urteilen hüten; denn es ging in den sogenannten „neoliberalen Jahren“ gar nicht so sehr um eine Stärkung marktwirtschaftlicher Ordnungsmomente. Vielmehr machte sich eine doppelte Illusion breit, nämlich die, dass Wirtschaft sich krisenfrei entfalten könne, wenn nur der Staat sich zurückhalte; vor allem aber wirkte eine Erfahrung der Reagan-Regierung fatal, nämlich die, dass eine stark wachsende Staatsverschuldung ökonomisch durchaus sinnvoll sein könne (Laffer-Kurve), wenn zugleich die Gewinnchancen der privaten Wirtschaft sich günstig gestalteten.

Dies traf in den USA in den 1980er und 1990ern zwar zu, doch waren es Sondereffekte, die verhinderten, dass aus der Staatsverschuldung und der späteren starken Ausdehnung der Geldmenge inflationären Effekte resultierten. Jener Faktor, der in den späten 1970ern das Staatshandeln schließlich blockiert hatte, die hohe

Inflation, schien plötzlich keine Gefahr mehr; stattdessen hatte der Staat scheinbar gewaltige finanzielle Freiheiten, die er bei der Bekämpfung der Weltfinanzkrise auch weidlich ausnutzte.

Steuerungstillusion greift um sich

Ihre unmittelbaren Konsequenzen wurden so wirksam begrenzt, aber die strukturell inflationäre Situation mit hohen Schulden, wachsenden Geldmengen und sich nur schleppend entwickelnder Produktivität

Es kam 2007/08 gerade wegen der Interventionen nicht zu einer Bereinigung der Krise

dadurch faktisch verdeckt. Es kam 2007/08 gerade wegen dieser staatlichen Intervention nicht zu einer Bereinigung der Krise durch das Wirken der Marktkräfte; hiervoor hatten

zu viele Beteiligte schlicht Angst. Es kam vielmehr zu ihrer Chronifizierung, die im Kontext der Corona-Pandemie einen weiteren Schub erhielt. Auch jetzt wurde wieder in der Hoffnung, die geringen Inflationsraten würden das ja unproblematisch zulassen, zur Geldspritze gegriffen. Insgesamt könnte man sagen, dass die Staaten nach dem Scheitern des Keynesianismus zwar verbal eine Stärkung der Marktkräfte favorisierten, faktisch aber einer Art Steuerungstillusion verfielen, die nicht mehr auf unmittelbare Eingriffe, sondern vor allem auf monetäre Steuerung setzte.

Dass die derzeitige Inflation diese Art der Hybris bremst, ist unwahrscheinlich. Eher wird sie die Bemühungen verstärken, in die ökonomischen Kreisläufe nicht nur monetär, sondern administrativ einzugreifen. Die ersten Schritte in diese Richtung werden bereits diskutiert (Übergewinnsteuer, Preisdeckel, Energie rationierung). Aus der Wirtschaftsgeschichte ist das alles nur zu bekannt: Der Inflation folgen Preisvorschriften, den Preisvorschriften Preiskontrollen, den Preiskontrollen die Güterrationierung. Keine ermutigenden Aussichten! ■

Von Erhards Stabilitätsgesetz zu Schillers Wachstumspolitik

Allgemein wenig bekannt ist, dass das Kabinett unter Bundeskanzler Ludwig Erhard bereits im Sommer 1966 ein „Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität“ verabschiedet hat, welches jedoch keine Gesetzeskraft mehr erlangte. Ausgehend von der Feststellung, dass wir „immer wieder den törichtesten Versuch“ unternehmen, „mehr ausgeben beziehungsweise verbrauchen zu wollen, als unsere Wirtschaft insgesamt zu erarbeiten

vermag“, hatte das Gesetz nur ein Ziel, nämlich „unsere wirtschaftliche Stabilität und den Wert der Deutschen Mark zu erhalten“, wie Erhard am 6. Juli 1966 im Rundfunk erläuterte.

Erhard ging es mit dem Gesetz in erster Linie um Maßnahmen, die Überhitzungen der Wirtschaft vermeiden und somit inflationäre Tendenzen eindämmen sollten. Nicht aber ging es um die Schaffung von Instrumenten zur Wirtschaftssteue-

rung in einem keynesianischen Sinne und zur Generierung von Wirtschaftswachstum, wie sie 1967 nach dem Regierungswechsel in Abkehr von Erhards ordnungspolitischem Kurs unter SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller mit dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ geschaffen wurden. Ludwig Erhard sprach verächtlich von „Wachstumsfetischismus“.

Berthold Barth

George Orwells „1984“ reloaded?

Angst und Schuldgefühle wurden und werden in den multiplen Krisen gezielt geschürt. Der Staat mischt sich in immer mehr Lebensbereiche ein. **Marcus M. Lübbering** erinnert das in manchen Aspekten an George Orwells berühmte Dystopie „1984“. Er hofft auf Politiker, die mehr Freiheit wagen

George Orwell hat sein Buch „1984“ im Jahr 1948 – also im Jahr von Ludwig Erhards mutiger Freigabe der Preise im besetzten Deutschland und damit dem Start der Sozialen Marktwirtschaft – geschrieben. In Orwells Erzählung haben die staatlichen Behörden das absolute Sagen – selbst über das Privatleben der Menschen bis hin zu ihren Liebesbeziehungen. Möglich ist dies dadurch, dass alles Eigentum verstaatlicht ist und dass die staatlichen Stellen tagtäglich neue Narrative ausgeben, nach denen sich die Menschen künftig zu richten haben. Das System ist so ausgeklügelt, dass niemand am Ende mehr zu widersprechen wagt und das System wie von selbst auf die Abgabe jeder persönlichen Verantwortung und auf die totale staatliche Kontrolle hinausläuft.

Sind wir angesichts der vielfältigen Krisen auf dem Weg in eine solche Welt? Seit der Corona-Krise haben wir nicht nur wechselnde Narrative über uns ergehen lassen müssen. Auch Angst und Schuldgefühle wurden und werden gezielt geschürt. Wie reagieren Menschen auf die derzeit omnipräsenten Phänomene wie Pandemie, Klimakrise, finanzielle Instabilität und nun auch noch Krieg? Verfallen die Bürger angesichts immer neuer Hiobsbotschaften in Frustration und Erschöpfungszustände? Haben wir eine Chance, der kollektiven Depression zu entgehen? Und wie kann neue Zuversicht entstehen?

Wir leben in Krisenzeiten, aber zugleich wollen uns viele staatliche



Marcus M. Lübbering war in der Hessischen Staatskanzlei tätig. Heute Vorsitzender der Akademie Kloster Eberbach und Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Stellen glauben machen, dass sie am besten wüssten, wie alle gegenwärtigen Krisen zu bewältigen seien. Wir müssen deshalb achtgeben, dass uns eine zunehmende Dominanz des Staates nicht am Ende in Orwell'sche Zustände führt, in denen der Staat immer weiter die knapper werdenden privaten Ressourcen unter seine wirtschaftliche und ideologische Kontrolle bringen müsste, um im Systemwettbewerb vermeintlich die Oberhand zu gewinnen.

Wider den bevormundenden Staat

Wenn Ludwig Erhard in der schlimmsten, fast aussichtslos erscheinenden Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einer solchen Logik gefolgt wäre, hätte es das Wirtschaftswunder nie gegeben. Wo also gilt es

anzusetzen, um nicht dem Automatismus eines immer mehr bevormundenden Staates mit seiner ausweglosen Perspektive für die Freiheit zu verfallen?

Dazu braucht es zunächst Politiker, die den Mut haben, gerade unter schwieriger werdenden Bedingungen die Freiheitsgrade des Einzelnen nicht weiter einzuschränken, sondern zu respektieren und möglichst zu erweitern. Sie müssen bereit sein, das Wagnis einzugehen, dass die Freiheit nicht so genutzt wird, wie man sich das in den Amtsstuben wünscht, sondern wie es vom Einzelnen als richtig eingeschätzt wird – ganz im Sinne einer offenen Gesellschaft nach Karl Popper.

Dabei ist gerade heute wieder Entschlossenheit vonnöten, die Staatsquote zu senken – so wie es Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Gerhard Stoltenberg zu Beginn der 1980er gelang. Ähnliches wurde auch nach der Finanzkrise 2008 erreicht, sodass der Staat im Zuge der Corona-Krise wieder wirksame Hilfen vergeben konnte. Aber staatliches Geld kann keine Dauerlösung sein. Jetzt lautet das Gebot der Stunde, dass der Staat seinen Ressourcen hunger zugunsten der Privaten wieder zurückfahren muss. Die Schuldenbremse ist unbedingt einzuhalten!

Natürlich bedarf es dabei auch einer glaubwürdigen Perspektive, wie man aus den staatlichen Restriktionen herauswachsen kann. Das gilt heute etwa auch für die Vorgaben im

Bereich des Umweltschutzes. Verlässliche CO₂-Preise dürfen nicht prohibitiv sein, sondern müssen von vornherein so festgelegt werden, dass Unternehmen und Verbraucher die Luft haben, durch Vermeidung und alternative Technologien, die erst noch entwickelt werden müssen, die staatliche Belastung zu reduzieren.

Thomas Alva Edison wird die Aussage zugeschrieben: „Ihr werdet die Reichen einmal daran erkennen, dass sie sich Kerzen kaufen können.“ Ein solches Versprechen einer ausreichenden und preisgünstigen Versorgung mit Energie – insbesondere mit Strom – für die breiten Bevölkerungsschichten wünscht man sich heute wieder, gerade auch bei denen, die politische Verantwortung tragen. Es geht nicht nur mit Verzicht.

Für die Überwindung depressiver Tendenzen in unserer Gesellschaft ist noch ein weiterer Aspekt von herausragender Bedeutung: Ich meine die Frage, ob vor allem junge Menschen noch daran glauben, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und zu besseren Lebensumständen gelangen können, als sie ihnen ein noch so wohlmeinender Staat jemals bereiten kann. Junge Menschen, die in einem allumsorgenden Staat aufwachsen, verlieren ihre Eigeninitiative. Stattdessen ist die Überzeugung von der Kraft der Freiheit gefragt, und die gewinnt man am ehesten durch die Erfahrung eigener Erfolge. Was tun wir dafür?

Eliten müssen dienen wollen

Ein erfolgreicher Systemwettbewerb beginnt spätestens in unseren Schulen und Ausbildungsstätten, er beginnt bei der Lebenseinstellung, dass der Einzelne die Chance hat, mit Freude zu gestalten und etwas für sich und andere zu erreichen. Jeder Mensch hat einzigartige Gaben, die er zum Nutzen der Gesellschaft einbringen kann. Daraus etwas zu machen

und darauf auch im guten Sinne stolz zu sein hat nichts mit fehlgeleitetem Egoismus zu tun, sondern entspricht dem Wesen des Menschen, der sich entfalten und entwickeln will. Wir brauchen in der Sozialen Marktwirtschaft selbstverständlich auch erfolgreiche Eliten – freilich solche, die zu dienen bereit sind.

Die Überzeugung von der Kraft der Freiheit ist gefragt

Unser Land steht in einer kritischen Phase. Unser Wohlstand ist in Gefahr, wenn es nicht gelingt, die dynamischen Kräfte unseres Volkes wieder zu entfachen, wie es Ludwig Erhard einst gelungen ist. Dies hat er nicht erreicht, indem er viel analysiert und Bedenken geäußert hat. Er ist auch nicht – wie es dem gegenwärtigen Wirtschaftsminister zu passieren scheint – jeden Tag in einer neuen Welt aufgewacht, um die Analyse immer wieder aufs Neue bis zu weiterer Verunsicherung der Menschen im Land voranzutreiben. Auch künstliche, abgehobene Narrative oder eine „von oben“ aufgezwungene Veränderung unserer Sprache, die heute manchmal Orwell'sche Züge annimmt, waren Erhards Sache nicht. Ihm ging es um das Wesentliche, die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen.

Ludwig Erhard hat einen echten Neubeginn erreicht, indem er klare Grundsätze und Ziele in die Tat umgesetzt hat – auch in dem Wissen, dass es unerwünschte Nebeneffekte und manche Kritik geben würde. Wichtig war ihm, die Menschen nicht von einer Unsicherheit in die nächs-

te taumeln zu lassen, sondern ihnen das Signal zu geben, dass ihre Anstrengung lohnen und ihr Einsatz die Chance auf Erfolg haben würde.

Darauf haben die Menschen in unserem Land vertraut, ihr Schicksal selbst in die Hand genommen, und das Wirtschaftswunder wurde wahr. Ludwig Erhard wollte es gar nicht gern als „Wunder“ gelten lassen, sondern als natürliche Folge einer Vielzahl menschlicher Anstrengungen, für die seine Wirtschaftspolitik die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt hatte.

Respektierung des Eigentums

Gut möglich, dass es dieses Mal länger dauern wird, bis die Wohlstandsverluste aus den verschiedenen Krisen ausgeglichen sein werden. Sicher ist aber, dass die Soziale Marktwirtschaft auch diesmal das Potenzial hat, unseren Wohlstand bald wieder zu mehr und einen neuen Wachstumsschub auszulösen.

Wir können uns dieser Chance verweigern, indem wir dem Staat die Ressourcen überlassen, der sie dann bevormundend verteilt, bevor sie überhaupt in privater Hand zur Entfaltung kommen können. Das wäre der Orwell'sche Weg aus „1984“. Stattdessen sollten wir alles tun, um die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Menschen wieder an ihre eigene Zukunft glauben und ihr Schicksal wieder verstärkt selbst in die Hand nehmen.

Die Respektierung des Eigentums und damit verbundener Entscheidungen und Erfolge sowie ein demütiger Staat, der sich auf das Notwendige beschränkt, sind dafür unabdingbare Voraussetzungen, so dass die Soziale Marktwirtschaft – wie schon 1948 – als kraftvolles und überzeugendes Gegenmodell zu der von George Orwell beschriebenen Verstaatlichung aller Lebensbereiche hervorgehen wird. ■

Der Kapitalismus hat nicht versagt. Er braucht auch keinen „Great Reset“

Die Ideen vom „Great Reset“ sind eigentlich nichts anderes als die altbekannten interventionistischen Rezepte, meint **Martin Rhonheimer**. Auch wenn sie heute Mainstream seien, mache sie das nicht weniger fragwürdig. Gerade das verteilte Gewinnstreben gereiche zum Vorteil aller

In ihrem 2020 veröffentlichten Buch „The Great Reset“ (zu Deutsch „Der Große Umbruch“) behaupten der Gründer des World Economic Forum, Klaus Schwab, und der französische Ökonom Thierry Malleret, die Corona-Pandemie und deren wirtschaftliche und soziale Verwerfungen hätten ein „seltenes, aber enges Zeitfenster zum Umdenken, Neuerfinden und Neustarten unserer Welt“ eröffnet, um diese „weniger gespalten, weniger verschmutzend, integrativer, gerechter und fairer“ zu machen.

Die Idee eines solchen „Umdenkens, Neuerfindens und Neustartens unserer Welt“ hängt eng mit dem von Klaus Schwab schon seit Langem vertretenen Konzept eines „Stakeholder-Kapitalismus“ zusammen. Demnach sind vom Management eines Unternehmens nicht nur die Interessen der Aktionäre („Shareholder“) und Kreditgläubiger zu berücksichtigen, sondern jene aller von unternehmerischen Entscheidungen Betroffenen. Das Konzept kommt mit einem hohen gesellschaftspolitischen und moralischen Anspruch daher und appelliert nicht bloß an die Moral der Unternehmer und Manager; es appelliert auch an die Politik und den Staat und ist ausgesprochen interventionistisch.

Ausgangspunkt für die Behauptung der Notwendigkeit eines großen Resets ist die These, die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen



Prof. Dr. Martin Rhonheimer ist Präsident des Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

im Laufe der Pandemie würden die Schwächen des bisherigen Kapitalismus offenbaren. Doch ist das Gegenteil wahr: Die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen während der Pandemie waren vor allem Folge staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung des Virus! Die marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaft erwies sich gerade während der Pandemie als robust, innovativ und enorm erfolgreich.

Die Forderung nach einem Umbau des Kapitalismus und seiner marktwirtschaftlich Strukturen verkennt, dass Wohlstand nicht als Frucht politischer Lenkungsmaßnahmen entsteht, sondern Folge einer unüber-

schaubaren Vielzahl von Entscheidungen von Unternehmern und risikobereiten Investoren ist. Diese Entscheidungen werden über das Preisystem des Marktes koordiniert. Das wiederum führt durch Wettbewerb und Suche nach Profitabilität zur optimalen und im Dienste der Konsumenten stehenden Verwendung ökonomischer Ressourcen.

Gewinnstreben und Gemeinwohl

Schwabs und Mallerets Ideen entsprechen in Wirklichkeit altbekannten interventionistischen Rezepten, die heute Mainstream sind. Das macht sie jedoch nicht weniger fragwürdig. Denn das Konzept blendet beispielsweise aus, dass gerade das Streben nach Gewinn sich zum Vorteil der Schwab so wichtigen Stakeholder wie zum Beispiel benachteiligter Bevölkerungsschichten oder der Umwelt auswirken. So haben – wie der MIT-Ökonom Andrew McAfee in seinem Buch „More from Less“ (2020) für die USA zeigt – Wettbewerb und marktwirtschaftlicher Zwang zur Profitabilität, also unternehmerisches Gewinnstreben, während der letzten Jahrzehnte zunehmend umweltfreundlichere Produktionsweisen erzeugt.

Dadurch hat sich im Laufe dieses Prozesses das Wachstum zunehmend vom Ressourcenverbrauch abgekoppelt. Freilich bedurfte es dazu, wie McAfee zeigt, auch kluger Regu-



Kanzler Olaf Scholz (r.) und Initiator Klaus Schwab beim World Economic Forum 2022. Politik schafft keinen Wohlstand

lierungen und Gesetze, aber gerade nicht solche der Art, die Schwab vorschlägt. Gute Regulierungen müssen Anreize für innovative unternehmerische Entscheidungen sein, die durch wettbewerbliche Marktprozesse optimiert werden, nicht Vorgaben, die diese Prozesse vorwegnehmen oder gar ersetzen.

Abgestandene Kapitalismuskritik

Implizit liegen also der Forderung nach einem „Great Reset“ wie auch der Idee eines angeblichen besseren Stakeholder-Kapitalismus altbekannte Denkmuster der herkömmlichen Kapitalismuskritik zugrunde. Schwabs Vision beruht auf einer ungenauen Beschreibung und moralischen Abwertung des „normalen“ Kapitalismus, der sich an der Profitabilität und den Interessen der Ei-

Regulierungen dürfen Marktprozesse nicht ersetzen

gentümer und Investoren ausrichtet. Zudem bleiben in ihr die Funktionen von Märkten und des Wettbewerbs unterbelichtet.

„The Great Reset“ wurde im Juni 2020 geschrieben, viele seiner Analysen, Einschätzungen und Prognosen haben sich aber bereits innerhalb von zwei Jahren als verfehlt erwiesen. Wem die Logik marktwirtschaftlicher und unternehmerischer Anreize vertraut war, der konnte schon bei Erscheinen des Buches voraussehen, dass nach Aufhebung von Lockdowns und anderen Einschränkungen der Aufschwung sich gleichsam von allein einstellen würde. Infolge der Pandemie gab es zwar beschädigte Lieferketten, doch in marktwirtschaftlich orientierten Ländern übertraf das Wachstum schon bald das Niveau vor der Pandemie. ►►

►► Zumindest aus diesem Grund wirkt die Forderung nach einem „Reset“ unseres Wirtschaftssystems heute anachronistisch. Zudem: Mit der anziehenden Inflation infolge der unverantwortlichen Politik des billigen Geldes der Zentralbanken und aufgrund der kriegsbedingten Teuerung stehen heute ganz andere Prioritäten auf der politischen Agenda.

Aufgabe der Unternehmen

Aber wo liegt das Problem des Stakeholder-Konzepts? Kritiker wie etwa der Harvard-Professor Lucian A. Bebchuk wenden ein, „Stakeholderism“ schirme das Management von den Eigentümern („Shareholder“) ab und schwäche die Rechenschaftspflicht der Manager ihnen gegenüber. Zudem dränge es institutionelle Investoren dazu, mehr auf die Wünsche des Managements Rücksicht zu nehmen und dieses damit vom Druck des Marktes abzuschirmen.

All dies, so Bebchuk, führe zu Erschlaffung und schlechterer Performance, was sowohl die Shareholder wie auch die Stakeholder schädige. Man sollte, so die Kritik des Harvard-Professors, Unternehmen nicht für Dinge zuständig machen, die durch das Gesetz geregelt gehören. Noch schärfer ist das Verdikt des indisch-amerikanischen Unternehmers Vivek Ramaswamy: „Stakeholderism“ erlaube, die Verfolgung von Geschäftsinteressen mit Moral und zeitgeistiger „Wokeness“ zu kaschieren, dies nicht unbedingt im langfristigen Interesse des Unternehmens. Zudem erhöhe es den politischen Einfluss der Managerklasse und führe durch die Aushebelung demokratischer Prozesse zur Entmachtung der gewöhnlichen Bürger.

In der Tat: Aufgabe eines Unternehmens ist, wie Nobelpreisträger Milton Friedman in seinem berühmten Aufsatz in der „New York Times“ bereits

in den 1970ern ausführte, Gewinne zu erwirtschaften und sich dabei an die geltenden Gesetze zu halten. Es genügt, dass ein Unternehmen ans Geschäft denkt, vorausgesetzt, die Gesetze sind gemeinwohlorientiert, dienen also nicht den Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen oder Industrien. Geschieht jedoch Letzteres, werden mächtige Unternehmen zur Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen versuchen, auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. So entsteht, was die Amerikaner „Crony Capitalism“ nennen – zu Deutsch Klüngel-, Spezi- oder Freunderlwirtschaft.

Gegen das unternehmerische Profitstreben wird oft der Vorrang der Kundenzufriedenheit ins Feld geführt. Zu Unrecht, denn ein Unternehmen, das Gewinn erzielen möchte, muss die Wünsche der Konsumenten zu befriedigen suchen. Nur auf diese Weise – es sei denn, es erhält Subventionen oder andere staatliche Privilegien – ist es überhaupt mög-

Der Kapitalismus bedarf keiner Neuerfindung

lich, im Wettbewerb zu bestehen und Gewinn zu erzielen. Will ein Unternehmen langfristig profitabel sein, muss es zuerst an seine Kunden sowie an die Menschen denken, die in ihm arbeiten, es muss seine Reputation pflegen und Vertrauen schaffen. Das gehört seit jeher zum Erfolgsgeheimnis unternehmerischen Handelns.

„Crony Capitalism“

Solange die Politik sich heraushält, sorgt der Wettbewerb dafür, dass, wer nicht langfristig und ganzheitlich denkt, durch Konkurs oder Übernahme vom Markt verdrängt wird. Schwab und Malleret plädieren jedoch für das genaue Gegenteil, nämlich für eine „bessere Abstimmung zwischen der öffentlichen Politik und der Unternehmensplanung“. Damit wird das Übel durch seine Institutionalisierung geradezu perpetuiert – der „Crony-Capitalism“ lässt grüßen. Die größten und mächtigsten Konzerne und ihre Manager werden den entscheidenden Einfluss auf die Politik erhalten und die Regeln zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchen.

Kurz: Wir brauchen keinen „besseren“ Kapitalismus. Der Kapitalismus war und ist, wie Werner Plumpe in seinem Buch „Das kalte Herz“ (2019) gezeigt hat, eine „andauernde Revolution“ und eine Erfolgsgeschichte. Er bedarf keiner Neuerfindung, höchstens der Besinnung auf seinen Wesensgehalt – weg von der Verflistung mit der Politik und mehr Freiheit für unternehmerische Initiative und Kreativität.

Der Kapitalismus ist viel besser als sein Ruf. Er hat nicht nur die westliche Welt der Armut entrissen und einen historisch beispiellosen Wohlstand erzeugt; er hat während der jüngsten Jahrzehnte auch anderswo Hunderte von Millionen von Menschen aus der Armut geholt. Er braucht keinen „Reset“, sondern Freiheit. ■



125 JAHRE LUDWIG ERHARD WIR FEIERN MIT!



Die Gemeinwirtschaft

Untersuchungen über den Sozialismus
mit einem Geleitwort von Theo Müller

← Jetzt bestellen! Nur solange der Vorrat reicht

Denn vor 125 Jahren begann auch die Erfolgsgeschichte der Unternehmensgruppe Theo Müller. Von einer kleinen Dorfmolkerei haben wir uns zum internationalen Lebensmittelkonzern entwickelt und bieten Millionen von Haushalten einzigartige Geschmackserlebnisse. Und Dank der großen Produktvielfalt ist auch für jeden etwas dabei.

Alles Müller, oder was?

Die Soziale Marktwirtschaft im Systemwettbewerb

Die Frage, welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den Bedingungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, wird derzeit wieder häufiger diskutiert. **Christoph M. Schmidt** rät dazu, die Balance zwischen Gestaltungswillen und Zurückhaltung nicht zu verlieren

Im Angesicht der vielfältigen Herausforderungen, vor denen unser Gemeinwesen zu Beginn der 2020er-Jahre steht, werden die grundlegenden Systemfragen erneut gestellt: Welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist für Deutschland und Europa unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts eigentlich angemessen?

Viel wird in der aktuellen Diskussion über Verzicht gesprochen. Auch staatliche Vorgaben und Planungen spielen eine immer größere Rolle. Dabei haben wir mit der Sozialen Marktwirtschaft das geeignete Referenzmodell. Der Wettbewerb, ergänzt um Eingriffe des Staates bei der Sicherstellung der gesamtwirtschaftlichen Resilienz und der ökologischen Nachhaltigkeit, die ausdrücklich einer klugen Balance aus Gestaltungswillen und Zurückhaltung folgen, sorgt für die optimale Allokation der Produktionsfaktoren – und die ist wiederum Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit welcher hoher Geschwindigkeit sich die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zu weltumspannenden Krisen ausgewachsen haben, hat gezeigt, wie verwundbar das globalisierte Wirtschaftssystem ist. Vor allem wurde deutlich, wie stark gerade die deutsche Volkswirtschaft von internationalen Lieferketten und von Energielieferungen insbesondere aus



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt ist Präsident des RWI, war von 2013 bis 2020 Vorsitzender des Sachverständigenrates und ist Vizepräsident von acatech.

Russland abhängig ist. Deutsche Unternehmen hatten im Zuge der zunehmenden Integration der Weltwirtschaft neue Märkte in einem größeren Ausmaß erschließen können als ihre internationalen Konkurrenten und viele kostenintensive Teile ihrer Wertschöpfungsketten in andere Volkswirtschaften ausgelagert. Der Aufgabe, diese Wertschöpfungsketten so aufzustellen, dass sie einen negativen Schock leicht kompensieren und schneller überwinden können, wurde dabei zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Fest steht jedenfalls: Eine hohe volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit bleibt weiterhin unverzicht-

bar, denn sie ist die Basis für Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Und nur ein wirtschaftlich erfolgreiches Europa wird bei der Gestaltung der globalen Entwicklung mit hinreichendem Gewicht mitwirken können. Der Respekt vor den Menschen verlangt danach, deren Streben nach einer besseren materiellen Zukunft, das für Hunderte von Millionen Menschen im Globalen Süden die Befreiung aus bitterer Armut bedeutet, bestmöglich zu unterstützen. Der gleichermaßen gebotene Respekt vor der Natur erfordert global koordinierte Schritte, um die Tragfähigkeit des Planeten nicht weiter zu überreizen.

Produktivität wächst langsamer

Europa ist dabei auf zwei Ebenen gefordert: Um nicht im verschärften Wettbewerb der Systeme zwischen den Weltmächten USA und China zerdrückt zu werden, gilt es, die eigene Volkswirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen. In einer alternden Gesellschaft kann dies nur durch eine hohe Attraktivität als Investitions- und Innovationsstandort gelingen, um den nötigen Produktivitätszuwachs zu ermöglichen. Seit Jahrzehnten befinden sich die Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in Deutschland aber in einem negativen Trend – sie sind zwar positiv, werden aber tendenziell immer kleiner. Diesen Trend gilt es umzukehren.

Dies wird nur mit einer stärkeren Hinwendung zu den marktwirtschaftlichen Leitmotiven der unternehmerischen Freiheit, des durch das Haftungsprinzip gebundenen Privateigentums und des Wettbewerbs als Systemimperativ möglich sein. Auf dieser Basis stellt die Soziale Marktwirtschaft ausweislich ihres lang anhaltenden Erfolgs nach wie vor den besten Referenzpunkt für eine offene und resiliente Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung dar: Sie hat in der Breite der Gesellschaft ein erhebliches Wohlstandsniveau ermöglicht und zugleich für eine bemerkenswerte Kohärenz der Einkommensverteilung und Chancengleichheit gesorgt – im Gegensatz zum ebenso fehlgeleiteten wie hartnäckig kolportierten Narrativ einer vermeintlich sich immer weiter öffnenden sozialen Schere.

Auch in Zukunft bleibt eine Wirtschaftspolitik anzuraten, die vorwiegend als Standort- und Innovationspolitik ausgerichtet ist, indem sie gute Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln und einen dynamischen Strukturwandel bietet. Dieser agnostische industriepolitische Ansatz wurde allerdings bereits vor den aktuellen Krisen hinterfragt. Nun hat das Werben für eine eigene strategisch orientierte Industriepolitik und das Streben nach strategischer Souveränität noch weiteren Rückenwind erhalten.

Globale Wettbewerber wie die USA und China haben keinerlei Hemmungen, ihre eigenen Dominanzansprüche mit aktiver Industriepolitik durchzusetzen. Und die aktuellen Probleme bei den Lieferketten und in der Energieversorgung verdeutlichen, dass Unternehmen und ganze Volkswirtschaften nach einer neuen Balance von Effizienz und Widerstandsfähigkeit suchen müssen. Künftig werden daher die Unterneh-

men ihre Resilienz stärken müssen: Sie sollten erstens in der Lage sein, einen negativen Schock weitgehend abzufangen. Zweitens sollten sie dafür sorgen, dass die dennoch eintreffenden Impulse nur begrenzte Schäden anrichten können. Und drittens sollte es ihnen gelingen, rasch wieder zu völliger Funktionsfähigkeit zurückzukehren.

Resilienz zulasten der Rendite

In unterschiedlicher Form werden Unternehmen daher Lagerbestände an Vor- und Zwischenprodukten anlegen, ihre Bezugsquellen diversifizieren und langfristige Verträge mit verlässlichen Partnern abschließen.

Den Staat nicht für Einzelinteressen vereinnahmen

Selbst wenn diese Entscheidungen ihre kurzfristigen Renditeaussichten schmälern werden, dürften ihre Stakeholder dies honorieren. Allerdings wird dort, wo die Bemühungen um resilientere Strukturen über das einzelwirtschaftliche Kalkül hinausgehen, der Staat eine gestaltende Rolle einnehmen müssen.

Wie diese Rolle aussehen kann, diskutiert nicht zuletzt ein aktuelles Impulspapier der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech): Insbesondere ist Wohlstand auf Dauer nur möglich, wenn Sicherheit nach innen und außen gewährleistet ist, nicht zuletzt die Cybersicherheit. Beim Ziel der Resilienz ist der Staat insbesondere in der Pflicht, kritische Wertschöpfungsketten zu identifizieren. In diesen Bereichen

sollte die Politik mit Informationen, Vorgaben oder Anreizen darauf hinwirken, dass die Unternehmen ihre Wertschöpfungs-, Liefer- und Innovationsketten zu mehrdimensionalen Netzen weiterentwickeln.

Die Soziale Marktwirtschaft besitzt hinreichende Bodenhaftung, um zu erkennen, dass der Staat bei Fragen von übergreifender strategischer Bedeutung gestaltend eingreifen sollte. Sie ruht allerdings ebenso fest auf der Einsicht, dass ein kompetenter Staat nicht unter dem Deckmantel des gesellschaftlichen Interesses für Einzelinteressen vereinbart werden darf. Ebenso sollte der Staat vermeiden, den Unternehmen ein Übermaß an Absicherung aufzuerlegen. Dort, wo Unternehmen in der Pflicht zur eigenen Absicherung sind, sollte er zudem glaubwürdig verdeutlichen, dass er im Schadensfall nicht doch Schäden übernehmen wird.

Ökologische Nachhaltigkeit ist ein inhärent globales Anliegen, das die freiwillige und vertragstreue Kooperation ganz unterschiedlich organisierter Volkswirtschaften und daher vor allem anreizverträgliche vertragliche Regelungen und nicht allein moralische Appelle erfordert. Für die Klimapolitik gibt ein aus den Zielen des Abkommens von Paris abgeleitetes globales Restbudget an fossilen Emissionen Orientierung.

Mit Blick auf die Gestaltung des deutschen Beitrags zu dessen Einhaltung wirkt acatech für einen auf europäischer Ebene abgestimmten marktwirtschaftlichen Ansatz, insbesondere eine umfassende CO₂-Bepreisung, deren Einnahmen genutzt werden, um soziale Härten abzufedern. Darüber hinaus wird es erforderlich sein, zu einem umfassenden Finanz- und Technologietransfer in den Globalen Süden bereit zu sein – lediglich die eigenen Ziele einzuhalten wird nicht reichen. ■

Weniger Ballast, mehr Freiraum

Die schwäbische Hausfrau wird mittlerweile von allen Seiten in Beschlag genommen, stellt **Stefan Kooths** fest. Auf der Strecke bleibt dabei die ökonomische Ratio, die die Aufgaben des Staates klar umreißt. Neben fiskalischer Disziplin kommt es mehr denn je auf unternehmerische Freiräume an

Anfang der 1960er wurde hierzulande rund ein Drittel der Wirtschaftsleistung in Form von Staatsausgaben durch die öffentlichen Haushalte geschleust. Seitdem ist die Staatsquote beträchtlich angeschwollen. Kratzte sie zwischenzeitlich an der 50-Prozent-Marke, so pendelte sie in der Dekade vor der Corona-Pandemie um 45 Prozent, womit Deutschland im oberen Drittel der 38 OECD-Länder lag.

Markanter noch ist die Entwicklung der Staatsverschuldung. Im Laufe von zwei Generationen hat sich die Schuldenlast von unter 20 Prozent der Wirtschaftsleistung (1960) auf gut 60 Prozent im Vorkrisenjahr 2019 rund verdreifacht. Das wäre weniger gravierend, wenn nicht die impliziten Schulden der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen das offen ausgewiesene Niveau mittlerweile um mehr als das Vierfache überstiegen. So betrug die sogenannte „Nachhaltigkeitslücke“ – also die Gesamtheit der durch das heutige Abgabenniveau nicht gedeckten staatlichen Leistungsversprechen – zuletzt rund 400 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Hinzu kommen immer mehr regulatorische Eingriffe, die die unternehmerische Freiheit beschränken, allen Entbürokratisierungsschwüren zum Trotz. Insgesamt ist das Bild klar: Der staatliche Zugriff auf das Wirtschaftsgeschehen hat sich über die Jahrzehnte deutlich ausgeweitet, entsprechend schmaler wurden die unternehmerischen Spielräume.



Prof. Dr. Stefan Kooths ist Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum im Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel).

Eine Politik, die überbordende Ansprüche des Staates nicht einhegt, gefährdet zunehmend die marktwirtschaftliche Ordnung und damit den Massenwohlstand. Zugleich verschärfen sich durch ungedeckte Rechnungen zukünftig die Verteilungskonflikte, was schließlich auch die politische Stabilität berührt.

Hohe Staatsquote ist Ballast

Die wirtschaftspolitische Remedur muss nicht erst erfunden werden. Sie liegt in einer Kombination aus fiskalischer Disziplin und marktwirtschaftlicher Wachstumspolitik, ist also alles andere als Neuland. Ein bloßes – gar automatisches – Herauswachsen aus den Problemen bei ansonsten

unveränderter Politik ist keine Lösung. Insbesondere wird ein solcher Wachstumsschub nicht dadurch erreicht, dass der Staat über noch mehr Gewicht im wirtschaftlichen Geschehen dem Wachstum vermeintlich auf die Sprünge hilft. Im Gegenteil würde damit der Ballast nur noch größer, den der marktwirtschaftliche Motor mitzuschleppen hätte.

Das Wachstumsverständnis darf sich nicht darin erschöpfen, in erster Linie der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung zu dienen. Das ist bestenfalls ein Nebeneffekt. Marktwirtschaftliches Wachstum erschließt den Menschen in der Breite höhere Konsummöglichkeiten und dient so, bislang nicht adressierbare Bedürfnisse zu befriedigen.

Stabile Staatsfinanzen müssen demgegenüber aus sich heraus Bestand haben und sollten nicht so auf Kante genäht sein, dass sie vom Erreichen bestimmter (notwendigerweise unsicherer) „Wachstumsziele“ abhängen. Andernfalls wird Wachstum zum fiskalischen Selbstzweck – mitunter verbunden mit der absurden Forderung, dieses künstliche Wachstum durch höhere Staatsdefizite kurzfristig immer wieder neu anzufachen. Einem solchen keynesianischen Dauerdoping ist keine Wirtschaft über längere Zeit gewachsen. Dabei bildet sich kein tragfähig wachsender Wirtschaftsraum heraus (im Sinne höherer Produktionsmöglichkeiten), sondern ein durch Konjunkturspritzen geschlauchter und strukturell verzerrter Stimulus-Junkie.

Stabile Staatsfinanzen beginnen mit der Einsicht, dass Staatsschulden zur Finanzierung struktureller Staatsausgaben kein einziges Problem lösen, sondern nur neue Probleme schaffen. In die Irre führen hierbei immer wieder Analogien wie die der „schwäbischen Hausfrau“, die mittlerweile von Befürwortern und Gegnern strukturell ausgeglichener Staatshaushalte gleichermaßen verinnahmt wird.

Das ist in mehrfacher Hinsicht abwegig. Anders als der Staat kann ein privatwirtschaftlicher Akteur keine Abgaben erheben, um seine Ausgaben zu decken. Dieses Privileg hat nur der Staat. Dieser hat zudem ein zeitlich stetiges Investitionsprofil und keine Spitzen im Lebenszyklus wie ein Privathaushalt. Zudem können die Erben einer überschuldeten schwäbischen Hausfrau das Vermächtnis ausschlagen – ein funktionierender Staat kann genau das nicht. Er ist auf Dauer angelegt (also unsterblich) und trägt so die Schuldenlast von Generation zu Generation weiter.

Azyklischer Ausgabenpfad

Schließlich muss einzelwirtschaftlich niemand auf gesamtwirtschaftliche Stabilität achten – das bleibt eine Aufgabe des Staates, der er durch konjunkturell atmende Budgetsalden gerecht werden sollte, wobei mit Blick auf das Investitionsgebaren ein azyklischer Ausgabenpfad die größte Stabilitätswirkung entfaltet, weil so diverse Entscheidungs- und Wirkungsverzögerungen wegfallen und den Unternehmen die Kapazitätsplanung erleichtert wird.

Jede Generation kann die von ihr befürworteten Staatsausgaben – auch die investiven – über Abgaben finanzieren. Im Ergebnis reicht dann jede Generation typischerweise einen größeren Kapitalstock an die Nachkommen weiter, als sie selbst

vorgefunden hat. Aus der Perspektive intergenerativer Fairness besteht daher kein Nexus zwischen öffentlichen Investitionen und staatlicher Kreditaufnahme. Generell verhindert eine Schuldenbremse (im Sinne der Verpflichtung des Staates auf strukturell ausgeglichene Haushalte) nicht die wichtigsten Staatsausgaben, sondern die unwichtigsten. Bei rationalem Finanzgebaren können aus dem Steueraufkommen – beginnend mit den Top-Prioritäten – alle staatlichen Vorhaben in absteigender Bedeutung beglichen werden.

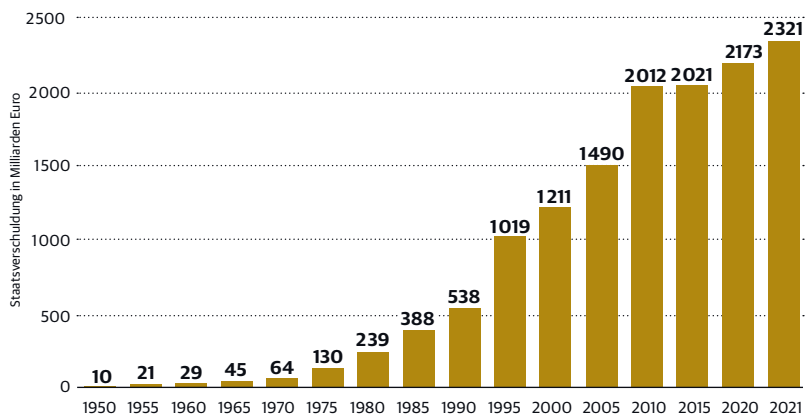
Generationengerechtigkeit begründet keinen Nexus zwischen Investitionen und Schulden

Das Problem liegt im Ausweichen in Haushaltsdefizite. Bei ihnen ist nämlich unklar, wer dafür final zur Kasse gebeten wird. Das führt politökonomisch zu einer Aufblähung der Staatsausgaben, weil so der Illusion Vorschub geleistet wird, es gäbe staatliche Leistungen gratis. Auf diese Weise einigen sich die Parlamentarier materiell nur über die Ausgabenseite des Budgets, während das Stopfen der Löcher auf der Einnahmenseite der Zukunft überlassen wird.

Verteilungskonflikt für die Erben

Im Ergebnis führt steigende Staatsverschuldung somit dazu, dass die gegenwärtig ungelösten Verteilungskonflikte der nächsten Generation hinterlassen werden – im schlimmsten Fall gerät darüber sogar die Währungsstabilität in Gefahr, wenn die Notenbank zur Staatsfinanzierung missbraucht wird. Leider ist das keine theoretische Gefahr, die Geschichte ist voller Beispiele. Und gegenwärtig ist eine zunehmende fiskalische Dominanz bereits unverkennbar. ►►

Staatsverschuldung Deutschlands von 1950 bis 2021
(in Milliarden Euro)



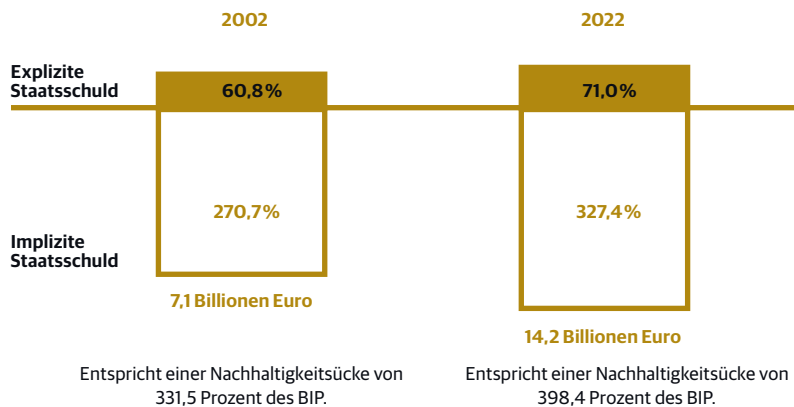
Die Schuldenbremse zeigte Wirkung – auch deren Aussetzung wegen Corona

►► Die Frage, wie investiv ein Staat aufgestellt ist, hängt nicht an der Budgetregel, sondern am politischen Willen. Das zeigen auch die Erfahrungen mit der Investitionsklausel im Artikel 115 GG alter Fassung und der derzeit gültigen Schuldenbremse. Solobte der Gesamtstaat zehn Jahre vor und nach dem Regimewechsel von der Substanz und schöpfte bis zuletzt nicht einmal die strukturellen Defizitspielräume für Nettoinvestitionen aus. Die parlamentarischen Mehrheiten lagen jeweils aufseiten höherer Sozialausgaben.

Sogar wichtige und über das gesamte Spektrum der ökonomischen Lehrmeinungen hinweg unstrittige Staatsaufgaben wie die äußere Sicherheit kam so jahrzehntelang zu kurz. Dass ausgerechnet für diese konsumtive Daueraufgabe nun ein eigenes Schuldenvehikel eingerichtet wurde, ist ein fiskalischer Treppenzug. Während Ausgaben für derartige Kollektivgüter klar in den Haushalt gehören, sollten über all dort, wo sich Möglichkeiten der Nutzerfinanzierung bieten, Entstaatlichungspotenziale wahrgenommen werden.

Implizite Verschuldung gefährdet die Zukunft

Nachhaltigkeitslücke (= Summe aus expliziter und impliziter Staatsschuld (wie Pensionsverpflichtungen) in Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP))



Explizite und implizite Staatsverschuldung: Fast 400 Prozent des deutschen BIP

Die Energiewende ist gesamtwirtschaftlich keine Wachstumsstory

Ein erfolgreiches Umsteuern beginnt mit einem grundlegenden Umdenken. Zum einen muss sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik von den Finanzierungszusammenhängen verabschieden, die die zurückliegende Nullzinsphase hat sprießen lassen. So schienen bei Null- und Negativzinsen auf öffentliche Anleihen den Staatsausgaben keine Grenzen mehr gesetzt zu sein, zumal einige den Einfluss der ultralockeren Geldpolitik der Zentralbanken geflissentlich übersehen haben.

Partycrasher steigende Zinsen

Diese Politik kommt nun zu einem Ende, jedenfalls dann, wenn die Währungen nicht noch weiter destabi-

lisiert werden sollen. Zum anderen gilt es, die Wachstumsschwäche in den Blick zu nehmen, die sich aus der demografischen Entwicklung und der Klimapolitik ergeben. Das erfordert eine Abkehr vom Denken in Beschäftigungsprogrammen der 1990er und 2000er, das vielen bis vor Kurzem noch als das Maß aller Dinge galt. Statt „Machen, was Arbeit schafft“, wie eine damalige Regierungspartei noch im Bundestagswahlkampf 2021 plakatierte, muss die Politik künftig darauf gerichtet sein, zu „schaffen, was Arbeit macht“. Dies umso mehr, als mit der energetischen Transformation hin zu einer emissionsneutralen Wirtschaftsweise massive Belastungen verbunden sind.

Entgegen den Hoffnungen einiger Protagonisten wird die Energiewende in der Transformationsphase – also für mehrere Jahrzehnte – kein gesamtwirtschaftliches Wachstumsprogramm. Für einige Branchen schon, makroökonomisch aber nicht. Denn trotz der massiven Investitionen kommt es nicht zu einem Aufbau, sondern in erster Linie zu einem Umbau des Kapitalstocks. Wie immer man die Erfolgsaussichten der Energiewende beurteilt, eine doppelte Dividende (Klima- und Wachstumseffekt) sollte man sich nicht erhoffen.

Angesichts der strukturell angelegten Wachstumsschwäche in den 2020ern und darüber hinaus kommt der Ordnungspolitik heute eine umso größere Bedeutung zu. Ansonsten wird man Produktivitätsreserven nicht heben können. Das beginnt damit, keine neuen Bremsen für produktive Aktivität aufzubauen, wie sie mit der zunehmenden Regulierung von Lieferketten und der EU-Taxonomie ins Auge gefasst werden. Eine solche Politik wird nicht nur ihre eigenen Ziele nicht erreichen, sondern darüber hinaus das Wachstum noch weiter schwächen. Man sollte sie daher ersatzlos streichen. ■



Deutsche
Vermögensberatung

Ein guter Coach ist Gold wert.

Als Finanzcoach unterstützt Sie Ihr Vermögensberater bei Absicherung, Altersvorsorge und Vermögensaufbau.

Finden Sie Vermögensberater in Ihrer Nähe online unter www.coach.dvag

Als Deutschlands größte eigenständige Finanzberatung coachen über 18.500 Berater rund 8 Millionen Kunden umfassend zu den Themen Absicherung, Altersvorsorge und Vermögensaufbau. Seit vielen Jahrzehnten entstehen so individuelle Finanzkonzepte, die Menschen weiterbringen – ein Leben lang. Nehmen auch Sie jetzt Kontakt auf und besprechen Sie Ihre Wünsche und Ziele mit Ihrem Vermögensberater.



Linda Teuteberg und Carsten Linnemann auf dem Innenbalkon der Bundestagsbüros

INTERVIEW

„Wir müssen mehr Wettbewerb zulassen. Das wirkt preissenkend“

Zuletzt in der Corona-Krise hat der Staat die Illusion erweckt, er könne alle Probleme lösen. Die Bundestagsabgeordneten **Linda Teuteberg** (FDP) und **Carsten Linnemann** (CDU) halten im Gespräch mit Berthold Barth dagegen. Ludwig Erhard würde die Krisenbewältigung anders angehen

Herr Linnemann, Sie schreiben gerade an einem Buch, das im Herbst unter dem Titel „Die ticken doch nicht richtig“ erscheinen soll. Ist das eitle Selbstbespiegelung, Nestbeschmutzung oder ernst gemeinte Analyse?

Linnemann: Das ist schon eine ernst gemeinte Analyse. Ich stelle darin 15 Thesen auf, an welchen Stellen wir grundlegend besser werden müssen, damit wir den Sprung zurück zu alter Stärke schaffen. Wir sind jetzt seit mehreren Jahren im Krisenmodus unterwegs, und die Bürger verstehen immer weniger, an welchen Leitlinien wir unsere Politik ausrichten. Eine Ad-hoc-Entscheidung reiht sich an die andere – wir kurieren an den Symptomen, aber drücken uns vor grundlegenden Reformen.

Liegt darin auch die Begründung für das aus Ihrer Sicht traurige Ergebnis der Union bei der Bundestagswahl?

Linnemann: Wir wurden abgewählt – ja.

Teuteberg: Zu wenig Mut und Bereitschaft zu Reformen betrifft unsere Gesellschaft insgesamt. Aufgabe verantwortlicher Politik ist aber nicht, nach Umfragen zu schießen, sondern das als richtig Erkannte zu tun und es populär zu machen.

Zum Teil wurden Reformen, zu denen wir in der Vergangenheit den Mut aufgebracht hatten, wieder rückgängig gemacht.

Linnemann: Sie spielen auf die Agenda 2010 an. Ich habe großen Respekt vor Gerhard Schröder, der damals seine Abwahl riskiert hat – und ja auch abgewählt wurde. Die nachfolgenden von Angela Merkel geführten Regierungen haben davon profitiert. Es ist traurig, dass wir von Legislatur zu Legislatur davon immer mehr Teile rückgängig gemacht oder aufgeweicht haben.

Teuteberg: Das belastet natürlich auch die Ampel. Die zusätzlichen Leistungsversprechen bei der Rente zum Beispiel sind heute eine schwere Hypothek.

Linnemann: Die Ampel setzt diesen Aufweichungskurs aber leider munter fort. Ich darf nur an die kürzlich beschlossene Aussetzung des Sanktionsprinzips in der Grundsicherung für Arbeitssuchende erinnern. Das hat mit Sozialer Marktwirtschaft nicht mehr viel zu tun.

Teuteberg: Was das Regieren in einer Koalition bedeutet, haben die Unionsparteien ja auch in den letzten 16 Jahren erfahren. Mit dem Ergebnis müssen wir nun im Angesicht mehrerer Krisen umgehen.

Gerhard Schröder hat im März 2003, als er im Bundestag die Agenda 2010 vorstellte, gesprochen wie Ludwig Erhard: „Wir werden Leistungen des Staates kür-

Freiheit und Privateigentum sind systemrelevant

zen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Heute präsentiert sich der Staat als allgegenwärtiger Problemlöser. Da wird doch ein falsches Erwartungsmanagement betrieben ...

Linnemann: Genau. Und dann kriegt der Staat es nicht hin. Wir haben das während der Corona-Pandemie wunderbar sehen können: Die Gesundheitsämter faxen auch zweieinhalb Jahre nach dem Ausbruch der Pandemie noch, haben keine einheitliche Software. In den Schulen kriegen wir keinen Digitalunterricht hin. Und in der Verwaltung will niemand Verantwortung übernehmen. Bitter!

Teuteberg: Eine schonungslose Bestandsaufnahme ist das eine, Kulturpessimismus aber keine Lösung. Zwar haben Etatisten in jüngster Zeit erhebliche Geländegewinne erzielen können. Doch auch die Verfechter von Freiheit und Marktwirtschaft können und sollten die Krisen als Herausforderung annehmen. Als Kind habe ich von Planwirtschaft und Willkür in der DDR noch einen unmittelbaren Eindruck bekommen: Weder bei Umweltproblemen noch bei Wohnungsnot war Sozialismus Teil der Lösung, sondern vielmehr das Problem. Wir müssen die geistige Auseinandersetzung offensiver führen: Privateigentum und Eigenverantwortung sind positiv und Grundvoraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft.

Linnemann: Das klingt gut, aber solange vielen Politikern das Posten von Essensbildern auf Instagram wichtiger ist als die Auseinandersetzung um Inhalte, kommen wir nicht weiter. Wenn wir von mehr Verantwortung reden, könnten wir mit einer allgemeinen Dienstpflicht, ich nenne es Gesellschaftsjahr, ja mal den Anfang machen. Damit würden wir die Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft insgesamt stärken.

Teuteberg: Soviel wir gemeinsam haben, lieber Herr Kollege, da liegen wir völlig über Kreuz. Eine allgemeine Dienstpflicht passt nicht zum von der FDP und übrigens auch unserem Grundgesetz vertretenen freiheitlichen Menschenbild. Ein so gravierender Eingriff in das Leben junger Menschen ist sowohl gegen Fachkräftemangel als auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein untaugliches Mittel.

Der Krieg in der Ukraine hat vieles Dinge ans Licht befördert, die vorher schon unter der Oberfläche rumorten. Die einseitige Ausrichtung der Energieversorgung, eine marode Verkehrsinfrastruktur, die mangelhafte Digitalisierung. Was muss getan werden?

Teuteberg: Es ist eine Illusion, dass der Staat gegen steigende Preise ansubventionieren könne. Was er tun kann und sollte, ist zum Beispiel konsequent gegen die kalte Progression vorzugehen. Dass der Verzicht auf Steuererhöhungen durch Unterlassen derart verhetzungsanfällig ist, sagt viel über das Klima in unserer Gesellschaft.

Also mehr Ordnungspolitik statt immer nur Mikromanagement?

Teuteberg: Genau. Wobei man zuweilen erst einmal den Unterschied zwischen Ordnungspolitik und Ordnungsrecht erklären muss. Bei einigen Politikern gewinnt man den fatalen Eindruck, sie seien regelrecht in den Ausnahmezustand verliebt. Da werden Freiheit und Verhältnismäßigkeitsprinzip gern verächtlich gemacht. Kluges, entschlossenes Krisenmanagement ist etwas anderes als eine schleichende Gewöhnung an ein Übermaß staatlicher Eingriffe.

Linnemann: Es würde sicher auch helfen, wenn wir in den Parlamenten mehr Politiker hätten, die mitten aus dem Leben kommen – die also nicht direkt nach dem Studium in den Bundestag kommen und dort bis zum Rentenbeginn mit 67 festkleben. Es schadet sicher auch nicht, vor der politischen Karriere schon einmal einen Chef gehabt zu haben. Und wir brauchen Leute mit Mut. Mut, wie ihn die Bundesregierung vor 20 Jahren gezeigt hat, aber insbesondere eben auch Ludwig Erhard hatte.

Teuteberg: Erhard hat seinerzeit der Verwaltung des Mangels das Konzept von Wohlstand durch Wettbewerb entgegengestellt. Im Angesicht der Krise brauchen Liberale eben auch Mut zur Ideologie: Freiheit und Privateigentum sind systemrelevant.

Aber Ideologie kann kein Gas beschaffen.

Linnemann: Aber dafür sorgen, dass wir weniger verbrauchen.

Geben Sie doch mal ein Beispiel.

Linnemann: Aber gerne. Schauen Sie, Herr Habeck gibt uns gute Ratschläge, dass wir kürzer dushen sollen, um weniger Energie zu verbrauchen. Das ist liebenswert gemeint, wird dem Ziel aber nicht gerecht. Ludwig Erhard dachte in Anreizsystemen; er hätte zum Beispiel für jede Kilowattstunde, die ein Haushalt gegenüber dem Vorjahr weniger verbraucht, einen gewissen Betrag als Gutschrift auf die nächste Strom- oder Gasrechnung gezahlt. Da wäre die Einsparung riesig, weil die Verbraucher auf einen solchen Anreiz zuverlässig reagieren würden.

Erreichen wir durch solche Maßnahmen wieder „Wohlstand für Alle“?

Linnemann: Aber klar doch. Es bereitet die Leute auch gut vor auf die wichtigste Frage, vor der wir im Moment stehen. Es geht ja um mehr als Marktwirtschaft versus Zentral- ►►

» verwaltungswirtschaft; es geht um Demokratie versus Autokratie.

Teuteberg: In der Tat stehen wir im Systemwettbewerb. Vor diesem Hintergrund ist es besonders verhängnisvoll, dass wir uns zum Beispiel im Bereich Energie so abhängig gemacht haben von den Gegnern der Freiheit.

Was bedeutet das für die Ordnungspolitik?

Teuteberg: Liberal, aber nicht naiv zu sein. Offensiver als bisher für Freihandel einzutreten und nicht etwa mit Protektionismus zu liebäugeln. Zugleich unsere kritischen Infrastrukturen zu schützen, statt neue Abhängigkeiten zu schaffen. Da erinnere ich an die Diskussion um den Mobilfunkstandard 5G und China als Systemrivalen.

Naiv ist ein schönes Stichwort. Der heutige Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert, und Robert Habeck, der heute so häufig für seinen Pragmatismus gelobt wird, haben noch 2019 mit Enteignungen großer Vermieter geliebäugelt. So kriegt man das Problem ja nicht gelöst ...

Teuteberg: Ja, die Idee der Verstaatlichung ist für einige faszinierend, geradezu erotisch. Die FDP hatte dazu im Bundestag eine aktuelle Stunde zur Wirtschaftsverfassung beantragt. Ernste Kampfansagen an die Soziale Marktwirtschaft müssen wir als solche erkennen und die Debatte annehmen. Ohne die Eigentumsgarantie und den Ausblick darauf, dass sich Anstrengung und unternehmerisches Risiko lohnen, wäre die beachtliche Entwicklung der Bundesrepublik nach zwei grausamen Weltkriegen niemals möglich gewesen.

Linnemann: Leider wird den Leuten häufig der Eindruck vermittelt, dass der Staat wie eine Bestellplattform funktioniert. Dabei ist nicht nur Eigentum mit Verantwortung verbunden, sondern jeder Einzelne



Linda Teuteberg (FDP), stellvertretende Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Die Idee der Verstaatlichung ist für einige faszinierend, geradezu erotisch

von uns trägt auch eine Verantwortung für die Gesellschaft – ganz im Sinne des berühmten Aufrufes von John F. Kennedy: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst.“ Da bin ich dann gleich wieder beim Gesellschaftsjahr.

Teuteberg: Da ist sie wieder, die konservative Variante des Flirts mit dem Ausnahmezustand. Verantwortung für die Gesellschaft als Ganzes kann man auch ohne Dienstpflicht übernehmen, und das machen zum Glück auch Millionen von Menschen in unserem Land, die sich ehrenamtlich engagieren.

Noch einmal ganz aktuell: Wie würde Ludwig Erhard die Wohnungen im nächsten Winter warm bekommen?

Linnemann: Jedenfalls nicht, indem man jedem Haushalt eine Energiepauschale von 300 Euro zahlt.

Teuteberg: Auch die Verzichtsromantik, die jetzt gepredigt wird, ist fehl am Platz. Erhard käme jedenfalls nicht auf die Idee, Menschen ihren Lebensstil vorzuschreiben ...

... also was dann?

Linnemann: Er würde das, was Robert Habeck ankündigt, tatsächlich tun: Die Situation ergebnisoffen anschauen – und dann bei klar gesetzten Rahmenbedingungen dem Markt überlassen. Also etwa die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern, den Ausstieg aus der Kohle verschieben, die Wiederaufnahme der konventionellen Erdgasförderung. Und er würde Technologieoffenheit ganz groß schreiben.

Teuteberg: Wir brauchen Technologieoffenheit mit klaren Rahmenbedingungen, unter denen der Wettbewerb seine segensreiche Wirkung entfalten kann. Dazu gehört ein konsequenter, mindestens europaweiter CO₂-Zertifikatehandel: Der Staat legt die Gesamtmenge des Ausstoßes fest, der Markt regelt, an welchen Stellen der Ausstoß vermieden wird.

Linnemann: Genau, wir müssen die Energiepolitik von Ideologie befreien.

Holen uns die Tatsachen auf den Boden der Realität zurück?

Linnemann: Ja.

Wann platzt dann die Wohlgefühlblase?

Linnemann: Wenn Habeck harte Entscheidungen treffen muss.

Dann sind wir wieder bei der Mikrosteuerung durch die Exekutive ...

Teuteberg: Das ist selten eine gute Idee. Aufgabe eines Wirtschaftsministers ist es, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Statt über Duschtips und Waschlappen zu sprechen, geht es um konkrete Entscheidungen. Dazu gehört die Einsicht, dass wir auch ein ausgemachtes Stromproblem haben und auf Kernkraft vorläufig nicht verzichten können. Es gilt, den Stresstest für unsere Volkswirtschaft abzuwenden, statt ihn an die Wand zu malen.

Die Inflation ist hochgradig gefährlich, weil sie die Gesellschaft spaltet

Linnemann: Da stimme ich voll und ganz zu. Ich würde zum Beispiel über eine Gesetzesänderung nachdenken. Es kann doch nicht sein, dass private Haushalte als geschützter Bereich gelten und wir gleichzeitig die Wirtschaft an die Wand fahren. Dann haben es die Leute im kommenden Winter zwar warm, aber sind danach arbeitslos, weil die Firmen in Länder mit stabiler und bezahlbarer Gasversorgung abwandern. Das müssen wir debattieren.

Fahren wir denn gegen die Wand?

Linnemann: Ich weiß es nicht. Solange Herr Habeck beim bloßen Beschreiben der Probleme bleibt, scheinen die Speicher offensichtlich noch gut gefüllt zu sein.

Die Explosion der Energiepreise hat inflatorische Tendenzen verstärkt. Wie bekommen wir die enormen Preissteigerungsraten in den Griff?

Linnemann: Die Inflation ist hochgradig gefährlich, weil sie das Zeug hat, die Gesellschaft richtig zu spalten. Da muss ganz schnell gegengesteuert werden.

Teuteberg: Da muss an den Ursachen und nicht nur bei Symptomen angesetzt werden. Die Politik übermäßiger Verschuldung der Staaten macht abhängig vom süßen Gift billigen Geldes. Die Rückkehr zur Schuldenbremse ist zugleich eine Inflationsbremse und der Beitrag, den die Politik leisten kann und muss: Solange die Schuldendienstfähigkeit von Staaten wie Italien über dem Ziel der Geldwertstabilität steht, wird ein wirksames Gegensteuern durch die EZB ausbleiben.

Linnemann: Ja, den Eindruck habe ich auch. Die Zinswende kam zu spät. Schlimmer noch: Die EZB will in Zukunft durch den Ankauf von Staatsanleihen Zinsunterschiede zwischen den Euroländern ausgleichen. Damit ist endgültig die Grenze



**Carsten Linnemann (CDU),
Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.**

zur Staatsfinanzierung überschritten worden.

Aber man hätte fiskalisch ja ein paar Möglichkeiten zur Entlastung...

Linnemann: Genau. Über die kalte Progression haben wir ja schon gesprochen. Das wäre ein Ansatzpunkt, um zu verhindern, dass immer mehr Menschen in staatliche Abhängigkeit geraten. Und wir müssen natürlich wieder mehr Wettbewerb zulassen. Das wirkt besonders preissenkend.

Teuteberg: Da gibt es ja immerhin eine gute Nachricht. CETA, das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada, wird jetzt – mit einigen Jahren Verspätung – ratifiziert. Das stärkt den Wettbewerb. Mit Wertepartnern wie Kanada brauchen wir mehr und nicht weniger Handel.

Aber sonst sehen wir ja weltweit derzeit eher einen Trend hin zur Deglobalisierung der Wirtschaft.

Teuteberg: Das ist ebenso zutreffend wie gefährlich. Denn die Probleme mit Lieferketten und Abhängigkeiten sind keine System-, sondern eine Managementfrage: Auch viele Unternehmen haben sich in der Vergangenheit von einem Lieferanten abhängig gemacht und müssen jetzt dafür büßen, weil die Lieferkette unterbrochen ist und sie keine Alternative haben. Das spricht für mehr Diversifizierung, aber gerade nicht gegen die wohlstands- und friedensfördernden Wirkungen von Handel und Arbeitsteilung. Entscheidend ist, dass wir zwischen Wertepartnern und Systemrivalen zu unterscheiden wissen und uns keine Illusionen über die Ambitionen gerade Chinas und Russlands machen.

Linnemann: Wahrscheinlich muss man Globalisierung neu denken. Wir erleben einen Wettlauf der Systeme und der Werte. Um den Wettbewerb zu gewinnen, brauchen wir drei Ringe: Der erste Ring ist ein Kerneuropa. Der zweite Ring wäre ein Freihandel mit Ländern wie Großbritannien bis hin zur Ukraine, der Türkei und Israel. Und dann braucht es einen Markt der Freiheit über Amerika bis nach Australien und Japan mit all jenen, die unsere Werte teilen. Ich war früher auch ein Verfechter von „Wandel durch Handel“, aber das hat offenkundig nicht funktioniert.

Vielen Dank für das Gespräch. ■



**Linda Teuteberg mit Carsten Linnemann (L.)
und Berthold Barth (Ludwig-Erhard-Stiftung)**

Souveränität statt Autarkie: Ein Plädoyer für die Globalisierung

Die Unterbrechung von Lieferketten im Zuge von Lockdowns, die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Versorgung mit Energie und Lebensmitteln – derzeit haben jene Auftrieb, die für mehr Autarkie plädieren. **Frank Schäffler** warnt davor, die positiven Effekte der Globalisierung aufs Spiel zu setzen

Autarkie – ein hehres Wort. Es leitet sich vom Altgriechischen „autós“, „selbst“, und „arkéin“, „genügen“, ab. Leider findet die Idee einer autarken – selbstgenügsamen – Wirtschaft immer mehr Zuspruch, und die Globalisierung hat einen schweren Stand. Nicht erst seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist in aller Munde, dass Deutschland unabhängiger werden müsse. Der Ausbruch der Corona-Pandemie vor zwei Jahren und stockende Lieferketten gaben denen Auftrieb, die behaupten, dass mehr heimische Produktion in der EU gesichert werden müsse.

Die Krisen der letzten Jahre sind in der Tat Wasser auf die Mühlen der Globalisierungskritiker und Protektionisten. Die Globalisierung und Vernetzung der Menschheit als Ganzes wird infrage gestellt. Dabei war wohl die Globalisierung das größte Wohlstands- und Armutsbekämpfungsprogramm der letzten 150 Jahre.

Die Tendenz der Abschottung ist kein neues Phänomen. Im antiken Griechenland sah man den Kampf zwischen Stadtstaaten als Normalität an, woraus ein starker Autarkie- und Isolationswunsch erwuchs. Im 17. und 18. Jahrhundert herrschte in Frankreich der Merkantilismus: eine dirigistische Wirtschaftspolitik, um Exporte zu maximieren und Importe durch horrenden Schutzzölle zu minimieren.



Frank Schäffler, FDP-Bundestagsabgeordneter und Geschäftsführer der Berliner Denkfabrik Prometheus - Das Freiheitsinstitut. **Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.**

Bis heute gab und gibt es immer wieder Zollkriege. So verhängten die USA unter George W. Bush Zölle von 30 Prozent auf Stahlimporte, Barack Obama erließ Strafzölle auf Produkte chinesischer Solarunternehmen von bis zu 250 Prozent, und Donald Trump sprach sich klar gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) aus. Im 14. Fünfjahresplan der Volksrepublik China wird ein Schwerpunkt auf die Binnenwirtschaft gesetzt: Heimischer Bedarf soll gestärkt und die Abhängigkeit von der globalen Wirtschaft verringert werden.

Dabei müsste gerade die chinesische Führung sehen, wie Globalisie-

rung und internationaler Handel aus der Armut befreien können: Als 1976 Mao Zedong verstarb und 1979 Deng Xiaoping die Macht in der Volksrepublik China übernahm, war China ein armes Land mit einer Bevölkerung von einer Milliarde Menschen. 20 Jahre zuvor hatte Maos „Großer Sprung nach vorn“, bei dem planwirtschaftlich massenhaft Arbeitskräfte der Stahlproduktion zugeteilt und die Landwirtschaft kollektivistisch umgestaltet wurde, noch eine schwere Hungersnot zur Folge gehabt. Zwischen 20 und 40 Millionen Menschen waren ihr zum Opfer gefallen.

Globalisierung gegen die Armut

Deng öffnete die chinesische Wirtschaft, führte Sonderwirtschaftszonen mit niedrigen Steuersätzen ein und schaffte 1988 das System staatlich festgelegter Preise ab. Internationale Investitionen und Technologie waren willkommen. Etwa 800 Millionen Chinesen konnten seither aus absoluter Armut befreit werden, und gemessen am kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt ist die Volksrepublik China heute die größte Volkswirtschaft der Welt. Seit 1950 hat sich das Pro-Kopf-Einkommen verzwanzigfacht.

Der Begriff der Globalisierung entstand in den 1960ern, was mit einem rasanten Anstieg des internationalen Handelsvolumens zusammenhängt. Wie der schwedische Philosoph und

Politikwissenschaftler Johan Norberg dargelegt hat, war für die Armutsbekämpfung die moderne Globalisierung wichtiger als die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts. Dauerte es im 19. Jahrhundert 50 Jahre, bis die Menschheit ihr durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen verdoppelte, erreichten China und Indien dies innerhalb von zehn Jahren. Nicht nur in absoluten Zahlen, auch in Relation zum „Westen“ holen Entwicklungs- und Schwellenländer auf. Seit 2001 wachsen die Entwicklungs- und Schwellenländer schneller als Industrieländer. Heute kommt bereits ein Großteil der Patente aus diesen aufsteigenden Nationen.

Der britische Ökonom David Ricardo entwickelte Anfang des 19. Jahrhunderts das Modell des komparativen Kostenvorteils. Es erklärt, wieso internationaler Handel stets für beide Seiten vorteilhaft ist. Selbst wenn ein Land kein einziges Gut so schnell oder kostengünstig herstellen kann wie ein anderes Land, sollte es sich dennoch auf die Produktion desjenigen Gutes spezialisieren, das es noch am ehesten effizient herstellen kann. Im anderen Land, das entsprechend eine höhere Arbeitsproduktivität für alle Güter aufweist, werden dadurch zusätzliche Ressourcen frei, und es kann sich auf die Produktion des teureren beziehungsweise komplexeren Gutes fokussieren. Der Warenaustausch sorgt dafür, dass beide Staaten zu den niedrigsten Preisen die höchste Menge konsumieren können – die Wohlfahrt wird maximiert.

Komparative Vorteile nutzen

Dies erklärt, wieso ärmere Volkswirtschaften absolut aufholen. Relativ gesehen ist in Ländern mit niedrigem Kapitalstock (Maschinen) das Grenzprodukt des Kapitals relativ hoch. Es lohnt sich für Investoren, hier zu investieren, da der potenzielle Ertrag

pro Euro höher ist als in entwickelten Volkswirtschaften. Dieser Theorie zufolge setzt sich die Erhöhung des Kapitalstocks so lange fort, bis das Grenzprodukt international angeglichen ist. Dieser Mechanismus mag einer der Hauptgründe für die weltweite Konvergenz der Produktivität sein.

Die Globalisierung hört nicht im Portemonnaie auf. Durch den internationalen Handel treffen Kulturen aufeinander, die friedlich nebeneinander existieren und sich vermischen. Globalisierung trägt somit zur Völkerverständigung bei. Wer sich ökonomisch abschotten und autark wirtschaften will, schottet sich auch stets ideell ab.

Globalisierung trägt zur Völkerverständigung bei

Die ideelle Abschottung, das Wegsehen, der fehlende Mut, seine Ideen im Winde anderer zu testen, ist der Feind jeglicher Innovation und Kreativität. Globalisierung erzwingt genau das Gegenteil. Flankierend dazu globalisiert sich auch die Sprache. Von Berlin bis Bangkok, von Bratislava bis Buenos Aires, von Manila bis Mexiko-Stadt – überall können immer mehr Menschen auf Englisch ausführlich und meist recht zufriedenstellend miteinander kommunizieren. Die Ausbreitung der Weltsprache Englisch hat nicht zuletzt mit den weltweit wachsenden Wirtschaftsverflechtungen zu tun.

Es muss eine Gegenstimme zu den leider immer lauter werdenden

Unkenrufen der Globalisierungskritiker geben. Es ist daher gut, dass die Bundesregierung nun einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des CETA-Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada beschlossen hat. Denn gerade der Freihandel mit Demokratien kann Europa resilienter gegen Autokratien machen.

Souveränität statt Autarkie

Resilienz als aus der Psychologie stammender Begriff bezeichnet die Anpassungsfähigkeit an Probleme. Befördert wird Resilienz durch ein unterstützendes Umfeld, und gerade deswegen muss jetzt der Freihandel ausgebaut werden – weil genau er so ein unterstützendes Umfeld schafft beziehungsweise bietet. Resilienz kann sich nicht in Abschottung entfalten, weil Abschottung stets mit Verdrängung einhergeht. Es braucht daher eine resiliente Offenheit westlicher Demokratien im Freihandel, auch wenn das angesichts der Politik mancher Länder sicher – emotional – schwerfällt.

Genau aus diesem Grund sind die Rufe nach Autarkie der deutschen oder europäischen Wirtschaft verfehlt. Autarkie untergräbt und erstickt den Ideenwettbewerb und ist somit der Tod der besseren Lösung. Statt Autarkie braucht es Souveränität, die vielschichtiger ist. Souveränität meint dabei nicht die komplette Unabhängigkeit von ausländischen Wirtschaftszonen – diese ist utopisch und nicht wünschenswert. Sie meint viel mehr den gekonnten Umgang in diesem Netz der Abhängigkeiten.

Wagen wir uns in dieses Netz, kann durch die zu erhoffende Wiederbelebung der Globalisierung die Welt wieder stärker zusammenwachsen, Armut eliminiert und die Potenziale des menschlichen Erfindergeistes voll ausgeschöpft werden. ■

Ordnungspolitik als Bewahrung fragiler Ordnungen

Bei vielen Bürgern schwindet die Zuversicht, dass die westlichen Demokratien die multiplen Krisen unbeschadet überstehen werden. Aufgabe von Ökonomen ist es, so **Stefan Kolev**, die derzeit fragile Wirtschaftsordnung wetterfest zu machen und das Vertrauen des Bürgers zu stärken

Während der vergangenen fünfzehn Jahre hat sich etwas aufgetürmt, das man den „Krisenburger“ unserer Zeit nennen kann. Die Finanz-, Euro-, Krim-, Flüchtlings-, Brexit-, Trump-, Klima-, Corona- und Ukraine-Krise haben die westlichen Demokratien von einer Krise in die nächste gestürzt. Aus der Sicht eines heutigen Studenten ist die Demokratie in seiner Lebenszeit nie aus dem Modus der Krisenbewältigung herausgekommen. Und bewältigt wurden die wenigsten Krisen vollständig.

Dieses Auftürmen im „Burger“ ist mehr als nur ein Aufaddieren von Scheiben. Während man etwa die Finanzkrise noch als rein ökonomische Krise betrachten konnte, die Instabilität primär innerhalb der Wirtschaftsordnung auslöste, leben wir seit einigen Jahren in einem qualitativ neuen Krisenkontext: Anders als vor 15 Jahren kann man sich inzwischen nicht mehr sicher sein, dass die Gesamtordnung der westlichen Demokratien als solche gesichert ist.

Der Ordnungsökonom hat also zwei Krisenkontexte zu unterscheiden. Es gibt Krisen, bei denen man zuversichtlich ist, dass die Ordnung stabil genug ist, um mit dieser Krise und den Resten der vorausgegangenen Krisen fertigzuwerden. Und dann gibt es Krisen, die die Ordnung als solche bedrohen, weil diese fragil



Prof. Dr. Stefan Kolev lehrt Wirtschaftspolitik an der Hochschule Zwickau und ist Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin.

ist und an dem zweiten Krisenkontext zu zerbrechen droht. Im Zuge der vergangenen 15 Jahre hat der Krisenkontext eindeutig von „stabil“ zu „fragil“ gewechselt: Heute schwindet bei vielen Bürgern die Zuversicht, dass die westlichen Demokratien den Krisenburger unbeschadet überstehen werden – für diesen beunruhigenden Befund reicht es, auf die letzten Wahlen in Frankreich und Italien zu blicken.

Mit dem Wechsel der Krisenkontexte von stabil zu fragil verschiebt sich auch der Aufgabenbereich für die Ökonomen. Während man in stabilen Krisenkontexten bestrebt ist, die Wirtschaftsordnung dahingehend zu

reformieren, dass sie schneller und nachhaltiger mit der aktuellen Krise fertigwerden soll, geht es nunmehr um etwas anderes: die Bewahrung der Gesamtordnung der westlichen Demokratie, in der dieser Ökonom Bürger ist und an deren Diskurse er in der Doppelrolle als Wissenschaftler und Bürger beteiligt ist.

Wegen dieser zunehmenden Unordnung kommt der Ordnungsökonom heutzutage eine neue Rolle zu. Im Gegensatz zu einer isolierenden Ökonomik, die lediglich auf die Wirtschaftsordnung blickt, ist die Ordnungsökonomik eine Ökonomik für fragile Zeiten. Denn eine isolierende Ökonomik verlässt sich darauf, dass wir in einer stabilen Gesamtordnung leben und wirtschaften, sodass man sich über die Schnittstellen zwischen der Wirtschaftsordnung und der Gesamtordnung keine Gedanken machen muss. Ganz anders die Ordnungsökonomik, die gerade die verschiedenen Schnittstellen der Wirtschaftsordnung zur Gesamtordnung in den Mittelpunkt rückt.

Interdependenz der Ordnungen

Ein wesentliches historisches Verdienst der Ordoliberalen in der Theorie und Ludwig Erhards in der Kommunikation war es, die Wirtschaftsordnung stets als Teil der Gesamtordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu denken. Damit haben sie den heutigen Ordnungsöko-



Aktivisten der Organisation Oxfam bei einer Demonstration in München vor dem G7-Gipfel. Misstrauen gegen den Markt

nomen das Konzept der Interdependenz der Ordnungen vererbt. Dieses erhält in der zunehmenden Fragilität der Gesamtordnung eine ganz neue Aktualität, weil so die gegenseitigen Schnittstellen und die darüber laufenden Impulse untersucht werden. Wie verhindert man also, dass Impulse von der Wirtschaftsordnung durch die Schnittstelle zur Staatsordnung ausgehen, die – ähnlich der Hyperinflation und der Großen Depression – die fragile Staatsordnung der heutigen westlichen Demokratien weiter destabilisieren?

Als Lösungsschlage ich das Konzept des Fixpunkts vor. Das Konzept fokussiert darauf, dass zwischen Bürger und Ordnung eine zentrale Ressource vermittelt, die mit jeder weiteren Krise immer mehr zur Neige zu gehen

droht: das Vertrauen in die Ordnung. Wenn dieses Vertrauen beim Einzelnen erschöpft ist, meldet er sich von der Ordnung ab und wird zum Nachfrager nach anderen, nicht selten revolutionären Ordnungsentwürfen. In den vergangenen Jahren sind auch die Anbieter solcher Entwürfe immer präsenter geworden, und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Dieser politische Markt wird durch die aufkommende Inflation und die Unsicherheiten des Krieges für die Demokratie noch bedrohlicher – außer sie schafft es durch Fixpunkte, das Vertrauen des Bürgers nicht weiter schwinden zu lassen.

Es sind materielle und ideelle Fixpunkte denkbar. Die materiellen sollen die Wohlstandsverluste, die sich aktuell anbahnen, temporär abfe-

dern. Es wäre zu einfach, dem bereits extrem üppigen und häufig in sich widersprüchlichen deutschen Sozialstaat weitere dauerhafte Ausgaben aufzubürden, zumal diese mit der Schuldenbremse in Konflikt zu geraten drohen, die in den Augen vieler Bürger selbst ein Fixpunkt fiskalischer Nachhaltigkeit ist.

Schuldenbremse als Fixpunkt

Vielmehr sollen gezielte Maßnahmen dem Bürger signalisieren, dass die Demokratie die existenziellen Nöte gerade sozial schwacher Bürger ernst nimmt und temporär zu kompensieren versucht. Es wird nicht möglich sein, alle Härten abzufedern, aber es darf nicht der Eindruck aufkommen, dass diese Härten von der Ordnung ignoriert werden. Die ►►

►► Maßnahmen, die sich als materielle Fixpunkte eignen, müssen reversibel sein und als solche kommuniziert werden, damit sie nach dem Abklingen der aktuellen Fragilität zurückgenommen werden können, ohne dabei in der Zukunft neue Enttäuschungen zu erzeugen.

Mindestens genauso wichtig sind die ideellen Fixpunkte. Der russische Angriff auf die Ukraine eignet sich gut dafür, diese zu erläutern. Bei den Fragen, die der Krieg aufwirft, zeigen sich sowohl die traditionellen und als auch die extraordinären Aufgaben des Ökonomen, der sich als Ordnungsökonom versteht. Einerseits geht es traditionell darum, den Preis der Sanktionen zu berechnen, andererseits aber auch darum, den Wert der Sanktionen zu thematisieren. Dieser Wert ist der ideelle Fixpunkt, den Ordnungsökonom aktuell bieten können. Denn eine Debatte nur über den Preis des Krieges wird die Demokratie mittelfristig zermürben – wenn man nicht vor Augen hat, wofür man diesen Preis zahlt.

Der Wert der Sanktionen wiederum hat viel mit den Werten zu tun, welche unsere westliche Ordnung ausmachen und welche die Ukraine nun unter hohen Opfern verteidigt. Die westlichen Demokratien sind auch deswegen so fragil geworden, weil die Debatte lange ausgeblieben ist, auf welchen Werten die westliche Ordnung fußt. Aber auch hier haben die Ordoliberalen und Erhard ein wichtiges Erbe hinterlassen: die Suche nach der Ordnung der Wirtschaft als normatives Projekt.

Putins Angriff auf die Ukraine bringt uns nach langer Zeit wieder dazu, über unsere Ordnung in Abgrenzung zu ihrem Gegenentwurf in Russland nachzudenken. Ordnungsökonomien können erläutern, wie fundamental für das Leben des Einzelnen die rechtsstaatlich verfasste

Aufgabenverteilung zwischen Staat und Markt aus ordoliberaler Sicht

Staat

- Private Eigentums- und Verfügungsrechte sichern
- Vertragsfreiheit, Haftung und Sozialstandards gewährleisten
- Infrastruktur errichten und ausbauen
- Bildung und Grundlagenforschung finanzieren
- Wertstabile Zahlungsmittel bereitstellen

Markt

- Sorgt für effiziente Verwendung knapper Ressourcen
- Befriedigt Konsumentenwünsche, um Gewinne zu erzielen
- Investiert in Forschung und Entwicklung, um Innovationen anzubieten
- Stellt eine optimale Produktionsstruktur und Arbeitsplätze bereit
- Schafft Wohlstand für alle

Ludwig Erhard sah den Staat nicht für alles zuständig

Nicht das Zertrümmern, sondern Reformen machen die Ordnung besser

Freiheit und Gerechtigkeit sind, auf denen die westliche Ordnung fußt und für die viele Ökonomen in der Geschichte des Faches lange und beharrlich argumentiert haben.

Normative Debatten führen

Ökonomen verstehen sich oft als Forscher der positiven Zusammenhänge und scheuen normative Debatten. In stabilen Zeiten muss man dies nicht unbedingt hinterfragen. In fragilen Zeiten ist es aber zu wenig. Ordnungsökonomien sollen in solchen Zeiten dem Bürger die historische Tatsache erläutern, dass wir materiell in der besten aller gewesenen

Welten leben. Es ist keineswegs die beste aller möglichen Welten, sonst wäre ja die Wissenschaft am Ende.

Nach allen Erfahrungen gerade im 20. Jahrhundert sollten wir gelernt haben, dass es nicht das revolutionäre Zertrümmern der Ordnung ist, sondern ihr beharrliches Reformieren, welches die Ordnung besser macht. Reformen bleiben auch weiterhin der zentrale Motor der Ordnungsverbesserung. Da sie aber häufig mit enormen politökonomischen Kosten einhergehen, sollte man mit ihnen in fragilen Zeiten behutsam umgehen.

Die oberste Aufgabe der Ordnungspolitik in diesen Zeiten sollte es also sein, das Vertrauen des Bürgers in die Ordnung zu stärken. Ordnungsökonomien haben hier eine doppelte Aufgabe: Einerseits müssen sie nach weiteren Fixpunkten suchen, andererseits stehen sie in der Pflicht, mit den bereits gefundenen Fixpunkten die bestehende Ordnung gegen die alten und neuen Anbieter revolutionärer Entwürfe zu verteidigen. ■

Als Deutschland wirklich pleite war

1922 glitt Deutschland in eine Inflation ab, die ganze Generationen traumatisierte. Mit dem Geld lösten sich auch Gesellschaft und öffentliche Ordnung. Heute droht eine neue schwere Wirtschaftskrise. Vieles ist jedoch heute anders als in der Weimarer Republik. Gleichwohl erscheint dem Vermögensverwalter und Schriftsteller Georg von Wallwitz die Lage bedenklich. Ein Gespräch über Inflation

Herr von Wallwitz, in Ihrem neuesten Buch bezeichnen Sie die Modern Monetary Theory (MMT) als „Kippfigur der ökonomischen Theorie“. Was macht die neue Theorie so gefährlich?

So neu ist sie ja gar nicht. Der Nationalökonom Georg Friedrich Knapp, übrigens der Schwiegervater von Theodor Heuss, hat sie um 1900 bereits vertreten. Er argumentierte, dass Geld nicht entstanden sei, um den Tauschhandel zu erleichtern, sondern es sei „ein Geschöpf der Rechtsordnung“. Gold, Papier und Bitcoin haben zwar immer einen Tauschwert, aber als Währung funktionieren sie nur, wenn der Staat es so bestimmt. Geld ist, was vom Staat als Zahlungsmittel akzeptiert wird.

Was macht diese These gefährlich?

Dazu muss ich ein wenig ausholen. Für die Übersetzung von Knapps Buch ins Englische sorgte John Maynard Keynes. Abba Lerner, der bei Keynes studiert hatte, entwickelte Knapps Gedanken weiter und führte ihn mit der Keynes'schen Globalsteuerung zusammen: Lahmt die Konjunktur, soll der Staat sich – unterstützt von der Zentralbank – die finanziellen Mittel beschaffen, um über Ausgabenprogramme wieder Vollbeschäftigung herzustellen. Überhitzt die Wirtschaft, muss das Geld über Steuererhöhungen wieder eingesammelt werden.



Georg von Wallwitz,
Publizist, Philosoph,
Vermögensverwalter.

Aber das passiert ja nicht.

Genau. Und das ist gefährlich.

Warum?

Keinem Beobachter wird verborgen geblieben sein, dass die Inflationsbekämpfung über den Zinsmechanismus heute zu zögerlich begonnen wird. Wir befinden uns im Zustand der fiskalischen Dominanz. Spätestens seit Draghis „Whatever it takes“ ist die Geldpolitik offensichtlich dem Ziel verpflichtet, die Solvenz der Staaten der Eurozone sicherzustellen. Das heißt, die Geldwertstabilität ist den finanziellen Bedürfnissen des Staates untergeordnet worden. Zinserhöhungen sind praktisch nicht mehr möglich.

Und was müsste gegen die Inflation getan werden?

Folgt man Lerner und seinen Apologeten, müssten jetzt die Staatsausgaben gesenkt oder die Steuern erhöht werden oder eine Kombination aus beidem. Freunde der MMT könnten aus der Geschichte der Großen Inflation lernen, dass es eines extrem starken Staates bedarf, um die Steuerschraube zur Inflationsbekämpfung einzusetzen. Abgeordnete, die wiedergewählt werden wollen, werden den Bürgern solche Einschnitte nicht zumuten wollen. Die MMT funktioniert nicht.

Und was passiert nun?

Jede Inflation hat eine andere Entstehungsgeschichte, aber sie enden alle gleich: in harter Arbeit für spürbar geringere Reallöhne und Unternehmensgewinne. Da muss die Regierung den Menschen reinen Wein eingießen. Inflation endet, wenn Staat und Bürger sich von der Geldillusion lösen. Wenn Geld wieder entpolitisiert ist. Man muss die Hoffnung aber nicht verlieren.



Georg von Wallwitz
Die große Inflation
Berenberg, 320 Seiten,
25,00€
ISBN 9783949203091



Freiheit und Verantwortung als Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft

Privateigentum und Risikohaftung sind die zentralen Pfeiler der Marktwirtschaft als mit den zentralen Begriffen des Grundgesetzes korrespondierendem Konzept der (Wirtschafts-)Ordnungspolitik. **Peter Schallenberg** zeigt, dass sich diese Überlegung bis auf Augustinus zurückführen lässt

Die Frage nach einem Konsens über fundamentale Werte, die einem Verständigungsprozess über die richtige Ordnungspolitik zugrunde liegen, lässt sich hierzulande kaum ohne Rekurs auf das am 23. Mai 1949 unterzeichnete Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beantworten. In seinen Grundzügen vorbereitet durch den Verfassungskonvent auf der Insel Herrenchiemsee, sollte es als Gründungsdokument, das sich aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur und Menschenverachtung speiste, den Weg der neuen Demokratie und ihrer Ordnungspolitik gleichsam vorzeichnen.

Die Präambel mit der Anrufung Gottes als letzter Verantwortungsinstanz und die Grundrechtsartikel mit der axiomatischen Festsetzung der unantastbaren Würde des Menschen bilden dabei den Ausgangspunkt allen politischen und wirtschaftlichen Handelns. Es entsteht ein liberaler demokratischer Rechtsstaat, der von der unantastbaren Würde und Freiheit der Person ausgeht, deren Wohlergehen, genauer deren Freiheitsentfaltung der Staat und seine soziale Wirtschaftsordnung sich verpflichtet weiß. Nach Walter Eucken ist dazu die „Marktform der vollständigen Konkurrenz“ als Verfassung der Wirtschaftspolitik nötig; so entfalten sich Freiheit und Verantwortung in Privateigentum und Risikohaftung.

Dies steht in bester Tradition der europäischen Aufklärung, zumal ver-



Prof. Dr. Peter Schallenberg,
Lehrstuhl für Moraltheologie und Ethik,
Theologische Fakultät
Paderborn.

körpert im Denken von Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant, die sich beide in unterschiedlicher Weise dem Denken des Augustinus verpflichtet wissen, und daher ist es zugleich auch beste augustinerische Tradition und entspricht einem christlichen Menschenbild: Augustinus definiert in seinem großen Werk „De civitate Dei“ den Staat bekanntlich als „status iustitiae“, als „Zustand der Gerechtigkeit“, der nach dem Brudermord von Kain und Abel, beschrieben im Buch Genesis, und damit nach dem endgültigen Ausfall jeder natürlichen Beißhemmung als Kultur oder besser als Zivilisation von Recht und Gerechtigkeit nötig wird.

Das ist zwar schlechter als ein ursprünglich von Gott gedachtes und

avisiertes Paradies unbezweifelbarer Liebe, aber allemal besser als der anarchische Zustand des Menschen, der dem Menschen chronisch zum Wolf zu werden droht. Mit anderen Worten: Der die Freiheit des Menschen begrenzende und kanalisierende liberale Rechtsstaat, der sich nun allmählich über die Jahrhunderte zu entwickeln beginnt, ist das „Reich des kleineren Übels“.

„Das Reich des kleineren Übels“

Das Recht und sein Staat und seine Wirtschaft sind in der Tat immer ein Reich des kleineren Übels und einer kanalisierten und gleichsam gezähmten Ungerechtigkeit. Staat und Recht und Wirtschaft stehen in dieser theologisch-christlichen Sicht unter einem ständigen eschatologischen Vorbehalt; dieser Vorbehalt dient der Bevorzugung einer inneren Renovation des Menschen gegenüber einer äußeren Revolution der Systeme.

Unantastbar soll die Würde der Person nur für den Staat und das Recht sein; antastbar und fühlbar und erfahrbar muss die Würde und innere Schönheit einer Person immer sein für andere Menschen; die rechtliche Unantastbarkeit kann der Staat erzwingen im Reich des kleineren Übels und die ethische Antastbarkeit nur erhoffen im Reich der größeren Liebe. Darin liegt das ungelöste Dilemma des Rechtsstaates.

Der rechtsstaatlichen Demokratie als Reich des kleineren Übels

entspricht aber nun auch die Soziale Marktwirtschaft – auch wenn die CDU noch 1947 im „Ahlemer Programm“ mit einem christlichen Sozialismus liebäugelte und die SPD erst 1959 im „Godesberger Programm“ endgültig und nicht ohne Tränen Abschied nahm vom Sozialismus – als zweite Seite gleichsam der Medaille, die als Aufschrift „Person“ trägt: auch hier kein Paradies, auch hier Zwang und kleineres Übel des Kapitalismus in Form von Wettbewerb und Profitorientierung und Gewinnstreben, auch hier der „Sozialismus als scheinbar leichteste Lösung der kapitalistischen Crux“, was von träumerischen Kritikern der Marktwirtschaft oft nicht gesehen wird.

Außerhalb des Paradieses und jenseits von Eden ist nur eine gewinnorientierte Verwaltung der Welt möglich, die freilich stets säuberlich zu trennen ist von Freundschaft und Liebe, von Ehe und Familie. Aber dies gehört, augustinisch gesprochen, zum „forum internum“, zum inneren Marktplatz der Tugend und der Gesinnung und Ausdruckshaltung, nicht aber zum „forum externum“, zum äußeren Marktplatz von Gesetz und Verantwortung.

Der Kapitalismus, von dem zuerst der Franziskaner Bernhardin von Siena (1380–1444) im Zuge der vom Ordensgründer Franz von Assisi ausgelösten franziskanischen Reform zugunsten der Ärmsten und als Folge der päpstlichen Revolution nach Gregor VII. und dem „Dictatus papae“ (1074) sprach, entstand gerade in der aufblühenden Wirtschaft der Toskana. Dieser soziale Kapitalismus bildet einen von zwei Markenkernen der Marktwirtschaft, wie sie das Grundgesetz zwar nicht explizit, wohl aber implizit, insbesondere durch das Grundrecht der Eigentumsfreiheit und der Berufsfreiheit, auch im Sozialstaatsgrundsatz bejaht.



Kirchenlehrer Augustinus (354–430): Streben nach dem „Prinzip des Guten“

Augustinus definiert in seinem großen Werk „De civitate Dei“ den Staat bekanntlich als „status iustitiae“

Stets ist Leistungsbereitschaft und Risikofreude von unternehmerischen Personen verlangt, um Wohlstand zu produzieren, der dann auch verteilt werden kann. Dazu gehören der notwendige Wettbewerb, der Ausschluss von Kartellen und die Haftung der unternehmerisch tätigen Personen. Anreiz zum effektiven Handeln ist die Aussicht auf Erfolg, messbar im Reich des äußeren Marktplatzes und des kleineren Übels im Profit: kein unmoralisches Ziel in einer Welt jenseits von Eden.

Zweiter Markenkern „Soziales“

Den zweiten Markenkern bildet das „Soziale“: Marktzugänge sollen ethisch gerecht und menschenwürdig gestaltet sein, durch Gesetze und durch Förderung von Bildung

und Ausbildung und dadurch hergestellte Chancengerechtigkeit, die freilich nie absolute Gleichheit herzustellen in der Lage ist. Blinde Flecken des Marktes und des Marktverhaltens müssen von Staats wegen aufgespürt und korrigiert und nachgebessert werden, etwa öffentliche Verkehrsinfrastruktur und bezahlbarer Wohnraum, aber auch öffentliche Güter wie Umwelt im engeren Sinn und Gesundheit im weiteren Sinn. Zu diesen Staatsaufgaben im Rahmen einer öko-sozialen Marktwirtschaft zählt immer auch eine notwendige Umverteilung zugunsten schwächer gestellter Marktteilnehmer.

Die Entfaltung einer rein kapitalorientierten Marktwirtschaft hin zur Sozialen Marktwirtschaft und schließlich weiter zu einer ökologisch verantwortbaren Marktwirtschaft war seit der ersten Sozialenzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII. von 1891 bis hin zu den Enzykliken von Papst Franziskus „Laudato si“ (2015) und „Fratelli tutti“ (2020) ein beständiges Anliegen der katholischen Soziallehre.

Ein schlanker und dennoch starker und aufmerksamer Staat ist also verlangt. Dann entspricht eine solche freiheitliche und zugleich öko-soziale Marktwirtschaft tatsächlich vollkommen dem Grundgesetz in der Spur der freiheitlichen Grundrechte und des ersten Artikels: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wohl gemerkt: Unantastbar für das Gesetz und den Feind. Antastbar und notwendig berührbar aber für jede Geste der Freundschaft und der Liebe. Was das Gesetz nur erhoffen und die soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zaghafte ermöglichen kann: dass Menschen in Freiheit und Verantwortung „vor Gott und den Menschen“ miteinander umgehen und sich erkennen als Bereicherung des Lebens. ■

ESG: Keine eierlegende Wollmilchsau

Unbestritten ist, dass ein Unternehmen, das schlecht geführt ist, unsozial handelt und die Umwelt schädigt, kein geeignetes Anlageobjekt ist. **Thomas Mayer** plädiert für den gesunden Menschenverstand. Die ESG-Regularien schaden mehr, als dass sie nutzen

Im Jahr 2004 veröffentlichte eine Gruppe von privaten und öffentlichen Finanzorganisationen einen Bericht mit dem Titel „Who Cares Wins“, den sie auf Einladung des UN-Generalsekretärs Kofi Annan erstellt hatte. Ziel des Reports war es, Leitlinien und Empfehlungen zu entwickeln, wie man Umwelt-, Sozial- und Corporate-Governance-Aspekte besser in der Vermögensverwaltung, im Wertpapierhandel und beim Finanzresearch berücksichtigen könnte.

In dem Bericht heißt es: „A better inclusion of environmental, social and corporate governance (ESG) factors in investment decisions will ultimately contribute to more stable and predictable markets, which is in the interest of all market actors“ – „eine bessere Einbeziehung von Umwelt-, sozialen und Unternehmungsführungsfaktoren in Investmententscheidungen wird zu stabileren und vorhersagbareren Märkten beitragen, was im Interesse aller Marktteilnehmer ist“.

Kein mit gesundem Menschenverstand begabter Finanzanalyst oder Unternehmenslenker hätte gegen die These Einwände vorbringen können, dass eine Unternehmung, die schlecht geführt ist, sich unsozial gebärdet und systematisch die Umwelt schädigt, langfristig kein attraktives Anlageobjekt darstellt und damit keine dauerhafte Daseinsberechtigung am Markt genießen sollte. So gesehen erschien der Aufruf, bei der Anlage „ESG-Kriterien“ zu berücksichtigen, wie die Forderung, mit gesundem



Prof. Dr. Thomas Mayer ist Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Instituts. Er ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und Jury-Vorsitzender des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.

Menschenverstand anzulegen. Allerdings ist gesunder Menschenverstand oft ein allzu knappes Gut. Die „ESG-Kriterien“ des Annan-Berichts wurden auf Teilaspekte verengt, die ein mechanisches Ratingsystem und staatliche Bürokratiemonster hervorbrachten.

Ratingagenturen haben verschiedene „ESG-Ratings“ entwickelt, die die Umweltfreundlichkeit, Sozialverträglichkeit und ordentliche Betriebsführung nach bürokratisch vorgegebenen Kriterien messen sollen. Damit gehen die Agenturen aber weit über das hinaus, was quantitativ erfasst werden kann.

Ratings entstanden ursprünglich, um die Ausfallwahrscheinlichkeit

von Krediten zu messen. Obwohl auch dabei qualitative Faktoren eine Rolle spielen, kann man anhand von Kennzahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanzanalyse eine quantitative Aussage wagen. Dagegen ist das Konzept der Nachhaltigkeit sehr komplex und beinhaltet Zielkonflikte. Weder kann es mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen widerspruchsfrei definiert noch auf die drei Faktoren „E“, „S“ und „G“ heruntergebrochen werden. Eine widerspruchsfreie Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele oder die Überführung der ESG-Kriterien in eine Maßzahl zum „Rating“ ist unmöglich. Subjektive und selektive Einschätzungen dominieren dabei. Folglich ist es nicht verwunderlich, dass die von den Agenturen erstellten ESG-Ratings oft nicht miteinander konsistent sind.

Anlageuniversum verengt

Auf den Kapitalmärkten haben Fondsanbieter ihren Kunden höhere Erträge aus „nachhaltigen“ („ESG“) Anlagen versprochen. Möglicherweise wurden sie dabei von den Einschätzungen des Annan-Reports beeinflusst. Tatsächlich haben ESG-Anlagen zeitweilig größere Preissteigerungen verzeichnet als der gesamte Aktienmarkt. Grund dafür waren aber politisch angeregte Geldzuflüsse und nicht höhere Gewinnaussichten dieser Unternehmungen, die höhere Renditen rechtfertigen würden.

Langfristig sagt der gesunde Menschenverstand, dass nach ESG-Kri-



Die Bühne ist bereit. EZB-Präsidentin Christine Lagarde redet lieber über den Green Deal als über die Inflation

terien ausgewählte Anlagen eine geringere Rendite abwerfen müssen als der gesamte Markt. Denn wenn das Anlageuniversum auf ESG-konforme Titeln eingeschränkt wird und damit Anlagegelder auf die begrenzte Auswahl von Titeln konzentriert werden, sind Mindererträge zu erwarten.

Tatsächlich sind die Versprechungen der Anbieter auch nicht erfüllt worden. Insbesondere nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine müssen sie nun unbequemen Fragen beantworten: Warum hatten viele russische Unternehmen ähnliche ESG-Ratings erhalten wie vergleichbare europäische Unternehmen? Wie war es möglich, dass rund 300 ESG-Fonds in Russland engagiert waren und ihre Anleger mit Verlusten von mehr als acht Milliarden US-Dollar rechnen müssen?

Wie war es möglich, dass rund 300 ESG-Fonds in Russland engagiert waren?

Aswath Damodaran, Professor of Finance an der Stern School of Business der New York University, kommentiert mit einem gewissen Zynismus: „Ich glaube, dass ESG im Grunde ein Schwindel zum Wohlfühlen ist, der Berater reich macht, während er Unternehmen und Investoren, denen sie helfen wollen, und erst recht nicht der Gesellschaft et-

was nutzt.“ Denn wenn Anlagegelder auf den öffentlichen Kapitalmärkten oder Bankkredite von „braunen“ zu „grünen“ Unternehmen durch die Politik umgelenkt werden, eröffnen sich für Private-Equity-Anleger rentable Anlagemöglichkeiten in „braunen“ Unternehmen. Die Kapitalkosten dieser Unternehmen steigen nur wenig, und ihre Produktion geht wie gewohnt weiter.

Weniger Nachhaltigkeit

Auf der öffentlichen Seite richtete sich der Fokus auf den Klimaschutz, der maßgeblich durch Minderung des Ausstoßes von Kohlendioxid verfolgt wird. Die Europäische Union veröffentlichte im März 2020 eine „Taxonomie“, die in einem Katalog im Umfang von rund 600 Seiten die Klima- und Umweltbelastung der Wirt- ►►



Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN sind Leitlinie für die ESG-Regulierung

►► schäftssektoren aufschlüsselt. Auf dieser Grundlage sollen nicht nur Finanzdienstleister ihre Kunden über Anlagen informieren, sondern auch Banken ihre mit dem Klimawandel verbundenen Kreditrisiken bewerten. Auch die Europäische Zentralbank will ihre Geldpolitik grüner und damit nachhaltiger gestalten, obwohl sich daraus Risiken für die in ihrem Mandat verankerte Sicherung der Preisstabilität ergeben können.

Das umfangreiche Regularium der EU soll einerseits für mehr Informationen sorgen, die Investoren in ihre Anlageentscheidungen einbeziehen können. Andererseits hat es aber auch zur Folge, dass sich die Analyse von Anlagen auf von offizieller Seite propagierte Formeln reduziert. So werden Ressourcen nicht dort eingesetzt, wo sie am effizientesten genutzt werden und der Gesellschaft den höchsten Mehrwert beisteuern können, sondern dort, wo sie durch Regeln und Vorgaben hingelenkt werden. Es ist nicht schwer, daraus abzuleiten, dass sich nicht nur die Qualität von Anlageentscheidungen verringert, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Kapitalproduktivität sinkt, was dann statt zu mehr zu weniger „Nachhaltigkeit“ führt.

Schlussendlich bedeutet „nachhaltig“ auf dem Feld von Wirtschaft und Finanzen „langfristig ertragreich“. Natürlich ist dies nur möglich, wenn

die Lebensgrundlagen bewahrt werden und sozialverträglich in effizienten Strukturen gewirtschaftet wird. Dafür kann man aber weder Schablonen erstellen noch Zeitpläne für die Zielerreichung festlegen.

Wunsch und Wirklichkeit

Zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen gehört nicht nur der Schutz des Klimas, sondern auch der Schutz der freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Dazu braucht man auch Waffen, die oft als nicht „ESG-konform“ gewertet werden. Und Klimaschutz ist nicht nachhaltig, wenn die Schutzmaßnahmen soziale Konflikte schüren, zu ineffizienten Verwaltungsstrukturen führen und wenn durch Vorschriften Innovationen verhindert werden, wie es durch den „Green Deal“ und die Taxonomie der EU zu befürchten ist.

Auch Sozialverträglichkeit muss im Kontext gesehen werden. So

Gewinn ist Voraussetzung für sinnvolles wirtschaftliches Handeln zum Nutzen aller

hart es klingt, aber manchmal hilft Kinderarbeit Familien beim Überleben. Handelt derjenige sozialverträglich, der aufgrund des Lieferkettengesetzes durch den Boykott von mit Kinderarbeit hergestellten Produkten ganze Familien ins Elend stürzt?

Natürlich sind auch gute Unternehmensführung und effiziente Verwaltung wichtig. Aber Umweltschutz darf nicht dazu führen, dass schlechte Unternehmensführung und ineffiziente Verwaltungen gefördert werden. Kommt es zu Zielkonflikten, müssen Abwägungen, sogenannte „Trade-offs“ zwischen den Zielen gefunden werden. Ideologische Blickverengungen und militanter Eifer, der sich nur auf Teilaspekte der Nachhaltigkeit richtet, lassen aber keine Trade-offs zu.

Nachhaltig handeln heißt, dem gesunden Menschenverstand zu folgen, der durch Pragmatismus und die Fähigkeit gekennzeichnet ist, Zielkonflikte durch die Wahl von Trade-offs zu lösen. Langfristig – und daher durch die Brille der Nachhaltigkeit – betrachtet gibt es auch keinen Gegensatz zwischen „Shareholders“ und „Stakeholders“. Denn über den Kosten liegende Erträge, der Gewinn, ist die Voraussetzung für jedes sinnvolle wirtschaftliche Handeln zum Nutzen aller – der Gesellschaft und der Umwelt. ■

Börse für alle.

Handeln Sie **eigenverantwortlich** und **effizient** mit Aktien aus der ganzen Welt - mit überwachter Kursfestlegung und extralangen Handelszeiten.

LSX

by LANG & SCHWARZ

Get your share!

www.ls-x.de

Zu viel des Guten?

Benötigen die Finanzmärkte tatsächlich eine Flut an Regulierungen im Bereich nachhaltiger Investments, oder überfordern Politik und Regulatoren damit die Märkte und letztlich auch sich selbst?, fragt **Agnes Neher**. Sie befürchtet, dass das Vorhaben in Gefahr gerät

Die Dynamik im Finanzmarkt ist enorm. Nachhaltige Informationen werden von immer mehr Investoren in die Anlagestrategie integriert. Beispielsweise betrug das Wachstum nachhaltiger Fonds in Deutschland zwischen 2020 und 2021 69 Prozent gemäß der deutschen Marktstudie vom Forum Nachhaltiger Geldanlage.

Diese Informationen stellen meist Risiken oder Opportunitäten aus den Bereichen Umwelt (E), Soziales (S) und Governance (G) dar. Sie werden zusammen meist ESG-Kriterien genannt. Seit die Regulatoren, Finanzmarktaufsichten und die Gesellschaft den Finanzmarkt als Mittel zum Zweck erkannt haben, steigen die Anforderungen an die Finanzmarktakteure rapide.

Was bedeutet „Mittel zum Zweck“? Bereits 2015 haben sich 195 Staaten bei der UN-Klimakonferenz COP21 dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf unter zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Level zu reduzieren. Auch die Europäische Union und Deutschland haben dieses Abkommen ratifiziert. Diese Begrenzung der Erderwärmung kommt nicht von ungefähr. Es braucht Anstrengungen von allen Akteuren. Da Investoren durch ihre Investments eine Verantwortung dafür tragen, wie die Unternehmen, in welche sie investiert sind, handeln, haben auch sie ihren Teil zur Limitierung der Emissionen zu leisten.

Nachhaltige Geldanlage, verantwortungsbewusstes Investieren,



Dr. Agnes Neher,
Head Responsible
Investment bei
Baloise Asset Management.

ESG-Investments oder Sustainable Investments sind alles Begriffe für das gleiche Konzept: Ein Investor berücksichtigt neben finanziellen Kennzahlen auch Kennzahlen aus dem Bereich Umwelt, Soziales und Governance (ESG). Dies können zum Beispiel die CO₂-Emissionen eines Unternehmens sein, die Anzahl an Weiterbildungsstunden der Belegschaft oder der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat. Um das Konzept umzusetzen, kann ein Investor von sechs Strategien Gebrauch machen: Ausschluss, ESG-Integration, Best-in-Class, Active Ownership (Ausübung der Stimmrechte und Engagement), Thematisches Investment und Impact Investment.

Vor dem Hintergrund, dass wir eine Energietransformation anstreben, um die Erderwärmung reduzieren zu können, hat die Europäische Kommission 2018 den sogenannten EU Action Plan on Financing Sustainable Growth veröffentlicht. Dieser hat zum Ziel, Finanzströme umzuleiten, Klimarisiken angemessen zu berücksichtigen und Transparenz zu schaffen.

In diesem Zusammenhang wurden von der EU unter anderem die „Sustainable Finance Disclosure Regulation“ (SFDR) und die „Taxonomie-Verordnung“ erlassen. Zudem gab es Anpassungen zum Beispiel bei der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II). Ohne sich im Detail zu verlieren, geht es hierbei zum einen um die Klassifizierung von Fonds. Es gibt drei Kategorien, und jeder Fonds, welcher in der EU registriert ist, muss einer dieser drei Kategorien zugeordnet werden.

Schwierige Klassifikation

Bei dieser Kategorisierung ist entscheidend, ob und wie mit ESG-Risiken umgegangen wird (SFDR Artikel 6), ob es Anlagen sind, welche mindestens ein ESG-Charakteristikum fördern (SFDR Artikel 8) oder ob es sich um Anlagen handelt, welche unter anderem ein „sustainable investment objective“ haben (SFDR Artikel 9). Beispiele dafür sind im Bereich von Obligationen sogenannte „Grüne Anleihen“ oder im Bereich von alternativen Anlagen sogenannte „Impact Investments“.

Zum anderen geht es um den Umgang mit der Taxonomie. Dies ist ein Klassifizierungssystem, das eine Liste ökologisch nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten umfasst. Darüber hinaus geht es um die Schaffung von Transparenz über die eigene Responsible-Investment-Strategie und das Abfragen der Nachhaltigkeitspräferenz von Kunden.

Das gesamte Rahmenwerk ist sehr komplex, und die Umsetzung stellt die Finanzinstitute vor große Herausforderungen, da sie unter anderem nicht nur die Fachverantwortlichen im Bereich der Nachhaltigkeit betrifft, sondern die gesamte Wertschöpfung: Sales/Business Development, Product Development, Portfoliomanagement, Recht, Berichterstattung, Kommunikation et cetera. Von der Geschäftsleitung wird beispielsweise verlangt, dass auch sie ausreichendes Wissen im Bereich der verantwortungsbewussten Geldanlage hat.

Nachfrageverhalten uneindeutig

Grundsätzlich muss zwischen privaten und institutionellen Investoren unterschieden werden. Bei institutionellen Investoren ist die Nachfrage nach verantwortungsbewussten Anlagen klar zu verzeichnen, und es wird ein deutlich positiver Trend erwartet. Laut „Globaler Kundenumfrage zu nachhaltigem Investieren 2020“ von Blackrock, der größten Kapitalverwaltungsgesellschaft der Welt, gaben 54 Prozent der befragten institutionellen Investoren an, dass nachhaltiges Investieren von grundlegender Bedeutung für ihre Anlageprozesse und -ergebnisse sei. Die Befragten planten, den Anteil nachhaltiger Anlagen am gesamten verwalteten Vermögen bis 2025 von 18 Prozent auf 37 Prozent zu erhöhen.

Bei privaten Kunden beobachten wir dagegen ein diverseres Bild: Laut einer Umfrage des Verbraucherzen-



Headquarter der größten Fondsgesellschaft der Welt. Nachhaltigkeitsvorreiter

Ob die aktuelle Entwicklung zu ambitiös ist und deshalb scheitern könnte, bleibt abzuwarten

trale Bundesverbands zeigt jeder zweite Bundesbürger grundsätzlich die Bereitschaft, in nachhaltige Geldanlagen zu investieren. Ähnliche Ergebnisse brachte eine Umfrage von Union Investment, der Fondsgesellschaft der Volks- und Raiffeisenbanken: Bei 62 Prozent der Privatanleger rückt das Thema verantwortungsbewusste Geldanlagen immer mehr in den Fokus. 2020 lag der Anteil von Anlegern, welche nachhaltig anlegen, bei 23 Prozent, gegenüber 14 Prozent im Jahr 2019.

Das unterschiedliche Verhalten zwischen privaten und institutionellen Investoren lässt sich unter anderem durch fehlendes Wissen der Befragten und durch hohe Intransparenz der Produkte und Strategien erklären. Ebendiese Intransparenz möchte der Regulator mit der neuen Flut an rechtlichen Anforderungen reduzieren.

In der Tat brauchen die Kunden verständliche, transparente Informationen zum Umgang mit der Nachhaltigkeit. Ihnen sollten auch ihren Präferenzen entsprechende Finanzprodukte angeboten werden. Ob die aktuelle Entwicklung jedoch zu ambitiös ist und der Versuch, sehr umfassende Herausforderungen und Themen einfach und praktikabel anzugehen, scheitern könnte, bleibt abzuwarten. Die nächsten Regularien wie die Weiterentwicklung der ökologischen Taxonomie und die Neuentwicklung einer sozialen Taxonomie stecken bereits in der Pipeline. ■

Genossenschaften können Krise besser

Großvolumige Ausgabenprogramme und tiefgreifende staatliche Interventionen in marktwirtschaftliche Anreizstrukturen verstellen bei der Krisenbekämpfung oft den Blick auf einfache institutionelle Lösungen, analysiert **Theresia Theurl**. Sie geht davon aus, dass man Genossenschaften unterschätzt

Staatliche Maßnahmen als Reaktion auf Krisen aller Art verdecken ex ante den Blick auf institutionelle Lösungen, die einen stabilisierenden Beitrag zur Bewältigung leisten können. So haben sich Eigeninitiative von Menschen und Unternehmen in genossenschaftlichen Kooperationen als Alternative zu staatlichem Paternalismus bewährt, eine institutionelle Innovation zur Bewältigung großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umwälzungen.

Genossenschaften leisten einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilisierung und Teilhabe, indem sich Personen oder Unternehmen zusammenschließen, um Projekte zu verwirklichen, die ansonsten unterbleiben würden. Genossenschaften sind Ermöglicher, denn durch sie können nicht nur wirtschaftliche Existenzgrundlagen geschaffen werden, sondern auch als wichtig eingeschätzte Veränderungen eingeleitet oder unterstützt werden.

Die Existenz des genossenschaftlichen Gründungsmodells vermittelt Menschen den Mut, unternehmerisch tätig zu werden, indem sie mit anderen zusammen ein genossenschaftliches Unternehmen gründen. Dieses organisiert die Kollektivleistungen der Zusammenarbeit und ermöglicht die Nutzung von Größen-, Vielfalts- und Risikovorteilen. Die Nachfrager entsprechender Leistun-



Prof. Dr. Theresia Theurl ist emeritierte Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster und **Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung**.

gen sind gleichzeitig die Eigentümer des genossenschaftlichen Unternehmens, stattdessen ihr Unternehmen mit Kapital aus und treffen zusammen die strategischen Entscheidungen. Entscheiden sie gut, haben sie direkte Vorteile bei der Erreichung des gewünschten Zwecks, ebenso wie Fehlentscheidungen ausschließlich zu ihren Lasten gehen. Die Verantwortung kann nicht abgeschoben werden.

Gemeinsam erwirtschaftetes fließt nicht ab, sondern kommt den Eigentümern zugute, über die aktuellen Leistungen oder als Optionsnutzen zukünftiger Leistungen. Damit ergibt sich als zweite Seite der Medaille, dass die Entwicklung der Genossen-

schaft aus dem wirtschaftlichen Erfolg zu alimentieren ist. Dass Genossenschaftsanteile nicht auf dem Finanzmarkt gehandelt werden, fördert unternehmerische Entscheidungen, die den langfristigen Bestand in den Vordergrund stellen. Genossenschaftliches Eigentum ist per se Verantwortungseigentum.

Genossenschaften stehen mit Organisationen anderer Rechtsformen im Wettbewerb. Ihr Fundament ist ein einzelwirtschaftliches und ihr Ziel eine Verbesserung der individuellen oder unternehmerischen Situation. Indem dies gelingt, bilden sich als Spin-off-Effekte eine Aufwertung und Stabilisierung von Wirtschafts- und Lebensräumen sowie eine Erhöhung der Anpassungsfähigkeit von Menschen, Unternehmen, Wirtschaft und Gesellschaft an sich ändernde Bedingungen heraus.

Neue Genossenschaften werden in wichtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen gegründet, zum Beispiel um die Nahversorgung im ländlichen Raum mit Lebensmitteln, Energie und Gesundheitsleistungen sicherzustellen, um umfassende Digitalisierungslösungen aufzubauen oder um Freischaffenden einen organisatorischen Rahmen für die Zusammenarbeit bei größeren Projekten zu schaffen.

Auch dies zeigt die großen Potenziale zur Krisenbewältigung durch Genossenschaften. ■



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

Für Freiheit und Verantwortung

Altbundeskanzler Ludwig Erhard gründete 1967 die Ludwig-Erhard-Stiftung und gab ihr die Aufgabe, für freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Politik einzutreten und die Soziale Marktwirtschaft wachzuhalten und zu stärken. Sie tritt politischem Opportunismus und Konformismus mit einem klaren Leitbild entgegen: Freiheit und Verantwortung als Fundament einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für den mündigen Bürger.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die gemeinnützige Stiftung auf die tatkräftige und finanzielle Hilfe derer angewiesen, die sich Ludwig Erhard, seinen Ideen und seinem Werk verbunden fühlen. Durch Ihre Spende oder Mitgliedschaft im Freundeskreis ermöglichen Sie uns, weiterhin – unabhängig von Parteien und Verbänden – für Ludwig Erhards Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu werben und zu streiten.

SPENDENKONTO

IBAN: DE39 3807 0059 0027 2005 00
BIC: DEUTDE380 Deutsche Bank AG Bonn



Marktwirtschaft ist Schwarmintelligenz

Alle Wirtschaften sind Risikowirtschaften – nur Marktwirtschaften können durch die hohe Kapazität der Informationsverarbeitung damit besser umgehen als jede andere Ordnung. Man sollte sie lassen, meint **Ulrich Blum**. Durch Ordnung erfolgt die Kanalisation in Richtung Gemeinwohl

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine herrscht Krieg in Europa, und ein europäischer Nachbar missachtet rücksichtslos das Völkerrecht. Der westliche, regelbasierte Entwurf einer globalen Ordnung, auch Wirtschaftsordnung, steht unter Druck wie nie zuvor.

Dieser Beitrag will drei Fragen beantworten: Was zeichnet den ökonomischen Ordnungsentwurf des Westens gegenüber gelenkten oder autoritären Marktwirtschaften in Bezug auf Krisenresilienz aus? Ist die fehlende Vorbereitung auf Konflikte ein spezifisches Problem liberaler Demokratien, eine Dilemmafalle, und hätte der Westen die Entwicklung erahnen können? Wie muss die Widerstandsfähigkeit neu organisiert werden?

Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler János Kornai hat die konstituierenden Unterschiede zwischen einer kapitalistischen und einer sozialistischen Firma einmal wie folgt beschrieben:

- Die kapitalistische Unternehmung ist budgetbeschränkt; sie kann deshalb in Insolvenz gehen. Ressourcen sind stets verfügbar, möglicherweise zu hohen Preisen, die Grenze liegt in der Zahlungsbereitschaft.
- Der sozialistische Betrieb hingegen ist ressourcenbeschränkt, da ihm die Inputs durch Planung zugewiesen werden. Budgetgrenzen sind hingegen weich, weil eine Insolvenz ausgeschlossen ist.



Prof. Dr. Ulrich Blum lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Halle-Wittenberg. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Die Folgen sind dramatisch:

- Kapitalistische Unternehmungen werden im Zweifelsfall aus Sorge um ihre Zahlungsfähigkeit hohe Guthaben vorhalten.
- Sozialistische Betriebe werden hingegen Vorräte horten, um nicht in Konflikt mit Planvorgaben zu geraten.

Die aktuelle Krise verdeutlicht, was passiert, wenn plötzlich Güter am Markt fehlen und zumindest kurzfristig zu keinem Preis erhältlich sind: Sobald etwas verfügbar ist, wird gehortet, der Markt abgeräumt und damit die nächste Runde der Nichtverfügbarkeit eingeleitet – wie in der aktuellen Krise bei Nudeln, Mehl, Öl

oder Toilettenpapier. Daraus folgt die erste Lehre: Hysterie kann marktwirtschaftliche Ordnung zerstören!

Wenn Ludwig Erhard seinerzeit sagte, 50 Prozent erfolgreicher Wirtschaftspolitik sei Psychologie, dann hat er auch heute recht. Ohne freie Märkte nährt die Krise die Krise. Kasandrarufo wie aktuell beim Gas erzeugen beziehungsweise beschleunigen die Krise, die es eigentlich zu vermeiden gilt. Wenn beispielsweise der künftig zuzuteilende Verbrauch vom aktuellen Verbrauch abhängig gemacht wird, dann beschleunigt man heute die Verschwendung.

Daraus folgt die zweite Lehre: Gesellschaften geraten durch unstetige Wirtschaftspolitik schnell in eine Rationalitätsfalle, bei der die Summe des jeweils individuell Vernünftigen ins kollektive Chaos führt.

Keine Vorbereitung

Der Westen war schlecht vorbereitet, denn eine stetige und vorhersehbare Wirtschaftspolitik, wie von Walter Eucken beschrieben, erfordert ein qualifiziertes Krisenmanagement. Doch dieses existiert in Deutschland nicht.

Die Corona-Krise ist das klassische Beispiel. Vor etwa zehn Jahren wurden Pandemieszenarien vorgedacht, die dann aber nicht die Resilienz erhöhten. Die zunächst sehr risikoadäquaten Reaktionen auf die Seltene-Erden-Krise der Jahre 2010/11 ver-

pufften vielmehr schnell, und heute sind viele Rohstoffmärkte fest im Griff autoritärer Staaten.

Risiken können diversifiziert, getragen oder versichert werden. Was davon ist staatlicherseits zu leisten, was Sache der Unternehmen? Wer sich mit den imperialen Ansprüchen Russlands seit 1992 (Moldawien), spätestens aber seit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbas (ab 2014) auseinandergesetzt hat, musste erkennen, dass hier in großen Teilen der Gesellschaft Tiefenstrukturen existieren, die den Konflikt um die Wiedererlangung alter Größe nicht scheuen.

Spätestens mit dem Kyoto-Protokoll 1997 wurde der langfristige Abgesang auf eine am Ressourcenfluch leidende Wirtschaft mit einer kleptokratischen Elite eingeleitet. Dann weiß ein rationaler Herrscher, dass er besser früher als später seine Machtambitionen durchsetzt. Die Russische Föderation brachte sich machtpolitisch sowie makro- und fiskalpolitisch seit Jahren in Position; das durfte Analytikern eigentlich nicht verborgen bleiben.

Daraus folgt die dritte Lehre: Starke und liberale Märkte brauchen gerade gegenüber autoritären Systemen einen starken Staat beziehungsweise eine starke Staatengemeinschaft mit Risikoauflärung, weil sich mit zunehmender Wettbewerbsintensität das Dilemma verschärft, dass unternehmensindividuelle und kollektive Zeithorizonte auseinanderfallen.

Man kann es auch so sehen: Hätte Europa die militärischen Kosten des über Jahrzehnte durch die USA abgesicherten Öl- und Gashandels auf die Preise an der Zapfsäule aufgeschlagen, dann wäre die Illusion billiger Energie schnell zerstoßen.

Nach der Weltfinanzkrise haben die Staaten die Unternehmen zu einem professionellen Krisenmanage-



Sündenfall Lehman-Pleite (2008). Staaten hafteten für private Fehlentscheide

Marktwirtschaftliche Ordnung lebt vom Risiko

ment gezwungen, um so auch Zurechnung, Verantwortung und Haftung als eherne Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung ins Gleichgewicht zu bringen. Denn eine marktwirtschaftliche Ordnung lebt vom Risiko, insbesondere vom Erfinder, der gegen den Strom schwimmt, vom Financier, der eine Innovation aufgreift und finanziert, und vom Unternehmer, der sie durchsetzt.

Risiko hat in dieser Sicht immer zwei Gesichter: das sogenannte „upward risk“, wenn die Ergebnisse über dem Erwarteten liegen, und das „downward risk“, wenn Verluste eintreten. Vor allem Preis-, aber auch Qualitätssignale geben frühe Orientierung über Knappheiten, ganz wie Friedrich August von Hayek die liberale

Ökonomie als Quelle von Schwarmintelligenz sah. Daraus folgt als vierte Lehre: Alle Wirtschaften sind Risikowirtschaften – nur Marktwirtschaften können durch die hohe Kapazität der Informationsverarbeitung damit besser als jede andere Ordnung umgehen – wenn man sie lässt.

Risiken im Markt bewältigbar

Marktwirtschaften sind die beste vorstellbare Form, Risiken zu identifizieren, zu kategorisieren und zu bewältigen. Sie beruhen auf Freiheit, Verantwortung und der notwendigen Portion Egoismus, sich durch falsches Handeln nicht selbst zu schaden. Durch Ordnung erfolgt die Kanalisation in Richtung Gemeinwohl.

Marktwirtschaft kann „Risiko grundsätzlich besser“ – und noch besser, wenn auch der Staat lernte, mit Risiko effizient umzugehen. Gerade die Umweltkrise verweist auf diese Überlegenheit; denn würden die echten Knappheiten durch einen globalen Rahmen vorgegeben, könnte der Markt die billigstmögliche Lösung zum Erreichen definierter Ziele über flexible Preise durchsetzen. ■

Demokratie braucht Bildung

Bildung ist der Grundpfeiler von Demokratie und Freiheit. Aber sie braucht ein Update, damit unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert nicht ins Wanken gerät, fordert **Bettina Stark-Watzinger**. Das Fach „Wirtschaft“ gehöre auf den Lehrplan der Schulen, Universitäten sollten für Unternehmertum rüsten

Historisch sind die preußischen Bildungsreformen eng mit der Entwicklung bürgerlicher Freiheiten und der Demokratie auf deutschem Boden verwoben. Neben der Aufklärung und den von Frankreich ausgehenden Bürgerrechtsidealen ist die Reform des Bildungswesens ein wesentliches Element für die weitere Entwicklung Deutschlands. Ohne sie wären Demokratiebestrebungen und die Märzrevolution von 1848 nicht denkbar. Bildung nicht mehr nur für die Elite, sondern Bildung für alle unter staatlicher Aufsicht wurde das Ideal.

Insofern zeigt unsere eigene Geschichte, dass Bildung und Demokratie zwei Seiten derselben Medaille sind. Das Streben nach Freiheit und persönlicher Entfaltung ist bereits im humanistischen Bildungsideal nach Wilhelm von Humboldt angelegt. Es geht vom Individuum aus, welches zu seiner Entfaltung und im Sinne einer Gleichbehandlung grundlegendes allgemeines Wissen erfahren soll. In diesem Sinne wird ein jeder Bürger durch Bildung zu einem vollwertigen Teil der Gesellschaft, der sein Schicksal in einer freiheitlichen Gesellschaft selbst in die Hand nehmen kann und sich gleichzeitig über die Konsequenzen des eigenen Handelns im Klaren ist.

Dieses eigenverantwortliche Handeln bedeutet jedoch, dass eine Gesellschaft selbstbewusster Bürger entsteht, die nicht auf das Gutdünken Dritter oder gar eines wohlmeinenden Staates angewiesen sind. In der



Bettina Stark-Watzinger
(FDP) ist seit Dezember 2021
Bundesministerin für
Bildung und Forschung.
Sie ist Mitglied der Ludwig-
Erhard-Stiftung.

Demokratie sind wir darauf angewiesen, dass der Einzelne selbst Verantwortung übernimmt. Davon lebt sie.

Auch wenn von Humboldts Ideal vor mehr als 200 Jahren formuliert wurde, trifft der Kern auch in der heutigen Zeit unseren Anspruch, den wir an unser Bildungssystem richten sollten. Unvermeidlich führt dies direkt zu der Frage: Wird unser Bildungssystem dem gerecht? Entwickeln sich an unseren Schulen Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgern? Bereiten unsere Schulen junge Heranwachsende auf das Leben in unserer Gesellschaft vor?

Zwei Drittel der befragten Erwachsenen einer Studie des Meinungsforschungsinstituts YouGov sagten dazu im Jahr 2019 „Nein“. Laut einer Forsa-Umfrage antworteten im Jahr 2018

nur ein Drittel der befragten Eltern auf eine ähnlich formulierte Frage mit „Ja“. Die Ergebnisse scheinen also robust zu sein. Es gibt eine grundlegende Unzufriedenheit mit unserer Schulbildung. Das sollte den Bildungspolitikern auf Landes- und Bundesebene zu denken geben. Denn schlechte Bildungspolitik bedeutet schlussendlich, dass wir der jungen Generation das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft versagen.

Wirtschaft gehört in die Schule

Wir entlassen Jahr für Jahr Hunderttausende Schülerinnen und Schüler in die Welt, ohne dass ihnen grundlegende wirtschaftliche Prinzipien bekannt sind. Das reicht von allgemeinen Konzepten wie die bei der Geldanlage notwendige Abwägung zwischen Risiko und Rendite über das Wesen des Unternehmertums bis hin zu ganz praktischen Thematiken wie Funktionsweise und Wirkung von Versicherungen. Und das, obwohl der Wissensdurst bei jungen Menschen vorhanden ist. Doch statt dieses Interesse zu fördern, wird Wirtschaft in der Schule meist nur als Beiwerk gesehen. Der Deutsche Lehrerverband kritisiert seit Jahren, dass oft nur von fachfremden Lehrkräften unterrichtet werde.

Gleichzeitig spielt die Teilhabe am Wirtschaftsleben im Alltag eine große Rolle. Wenn wir Schülern nicht beibringen, was eine Aktie ist, wie können wir von Erwachsenen später erwarten, dass sie ausreichend privat für den eigenen Ruhestand

vorsorgen? Stattdessen öffnet die Unwissenheit Abzockern Tür und Tor. Und zementiert die Ungleichheit zwischen jenen, bei denen die Eltern selber Finanzwissen weitergeben und jenen, für die das Thema Finanzen ein Buch mit sieben Siegeln bleibt. Zu wenige Bundesländer haben bisher entgegengesteuert und ihre Curricula angepasst. Doch das reicht nicht aus: Das Schulfach „Wirtschaft“ muss deutschlandweit eingeführt werden.

Wir entlassen aber auch ganze Schülergenerationen in die Welt, denen grundlegendes Wissen über Digitalisierung und Computertechnologie fehlt. Natürlich: Auf dem Handy mit Apps umgehen können sie alle besser als jeder Ü-30-Jährige. Und nicht jeder soll Informatiker werden oder verstehen müssen, wie Quantencomputer funktionieren. Aber grundlegende Kenntnisse, wie Programmiersprachen funktionieren, was eine Schleife ist oder ein Verständnis davon, wie wir im Netz Spuren hinterlassen, sind in einer digitalisierten Welt genauso essenziell wie die Grundrechenarten. Wir wollen aufgeklärte Menschen, die sich über ihre Daten bewusst sind. Deswegen sind Schulen gefordert und müssen in die Lage versetzt werden, dieses Wissen zu vermitteln.

Wenn die Hälfte aller Studierenden eine Stelle im Staatsdienst zum Ziel hat, dann ist das die Konsequenz unseres Bildungswesens. Das darf bitte nicht falsch verstanden werden, denn ich gönne jeder qualifizierten Person eine Beamtenkarriere. Aber der (Sozial-)Staat lebt von denjenigen, die das zu verteilende Sozialbudget erwirtschaften. Und wenn wir den jungen Menschen das Wissen um diese Tat-

Die Statue des Bildungsreformers Wilhelm von Humboldt vor der 1810 gegründeten Berliner Universität

sache nicht mitgeben und zumindest die Option aufzeigen, im privatwirtschaftlichen Sektor erwerbstätig zu sein, dann graben wir am Fundament unseres Zusammenlebens.

Entrepreneure verändern die Welt

Deswegen sind die Universitäten gefordert. Viele bieten Entrepreneurship-Kurse in den Wirtschaftsfächern an. Aber an Natur- und Geisteswissenschaftlern geht das vorbei. Dabei bieten sich so viele Chancen, die Welt mit neuen Ideen und Innovationen zu verändern. Das Beispiel Biontech sollte für angehende Akademiker ein Leuchtturm sein. Es zeigt, wie man Wissenschaft und Fortschritt zur Verbesserung der Welt konkret einsetzen kann. Und das ist eben ein junges Beispiel wie aus dem Lehrbuch für das Aufstiegsverspre-

chen der Sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen mehr davon! Daher sollten in jedem Studiengang zumindest im wahlfreien Bereich Kurse angeboten werden, in denen den Studierenden die essenziellen Charakteristika des Unternehmertums, ohne das die Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar ist, vermittelt werden und günstigerweise auch Interesse am Unternehmensein geweckt wird.

Wollen wir das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft und das aufklärerische Bildungsideal erfüllen, müssen wir den Lehrplänen an unseren Schulen ein Update verpassen. Inhalte des vergangenen Jahrtausends bereiten unsere Kinder nicht mehr auf die Herausforderung der Zukunft vor. Genauso müssen Universitäten vor allem die Chancen des Unternehmertums breiter bekannt machen.

Doch während sich die Inhalte wandeln, bleiben die Ideale über die Jahrhunderte aktuell. Ziel bleibt es, die Entwicklung junger Menschen zu selbstbewussten und eigenverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen: zur Stärkung des Einzelnen, zum Schutz der Freiheit und zum Wohle der Demokratie. ■

Inhalte wandeln sich, die Ideale bleiben aktuell



Deutschland braucht mehr Ludwig Erhard – auch in der Energiebranche

Ein kalter Winter droht, allenthalben werden Ideen ventilert, wie das knappe Gut „Energie“ bewirtschaftet werden kann. **Katherina Reiche** erinnert daran, dass die Marktwirtschaft genügend Instrumente bereitstellt, wie mit knappen Ressourcen optimal umgegangen wird

Das Jahr 2022 hat es in sich. Deutschland und die Welt gehen ins dritte Jahr der Pandemie. Blicke man im Februar noch hoffnungsvoll auf das Frühjahr und eine mögliche Normalisierung von Alltag, Produktion und Handel, kam gleich die nächste Krise: ein Angriffskrieg in Europa, begleitet von großer Unsicherheit – etwa über unsere künftige Energieversorgung.

Wir stehen also vor großen Herausforderungen, und die Rufe nach staatlichen Antworten auf die grundlegenden Fragen dieser Tage werden lauter. Doch anstatt sich dem Schicksal zu überlassen, sollten wir uns erinnern. Erinnern an die deutsche Nachkriegszeit. Erinnern an Ludwig Erhard, seinen festen Glauben an die Soziale Marktwirtschaft und an ihre Grundpfeiler: Freiheit und Verantwortung, Markt und Wettbewerb.

Als Aufgabe des Staates verstand Ludwig Erhard das Schaffen eines Ordnungsrahmens für den Wettbewerb freier Wirtschaftssubjekte. Dabei ging Erhard von einem positiven Menschenbild aus: Er setzte Vertrauen in die kreativen Fähigkeiten, die Verantwortungsbereitschaft und den Pioniergeist der Marktteilnehmer. Und er war optimistisch, dass durch freien Wettbewerb Fortschritt entsteht und Deutschland nach dem Krieg wieder auf die Beine kommt. Die Geschichte gibt dem Vater des deutschen Wirtschaftswunders recht.



Katherina Reiche ist Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Begreifen wir die Krise also als Chance. Als Chance, neue Richtungen einzuschlagen, den Marktkräften wieder stärker zu vertrauen. Auch und gerade im Bereich der Energiesicherheit. Nach Joseph Schumpeters „Schöpferischer Zerstörung“ ist jetzt die beste Zeit für Kurskorrekturen: Althergebrachtes funktioniert nicht mehr, Grundlagen unseres politischen und wirtschaftlichen Handelns werden infrage gestellt, Widerstände schwinden. Jetzt ist Raum für Neues.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Folgen haben uns mit voller Wucht die Fragilität unserer Energieversorgung in Deutschland vor Augen geführt. Aber

wer klarsieht, kann gezielt anpacken: Wir müssen unser Energiesystem diversifizieren. Wir müssen uns unabhängig machen von einzelnen Energieträgern und Handelspartnern. Wir müssen Gesellschaft und Wirtschaft dekarbonisieren: durch den Ausbau der Erneuerbaren, aber auch durch den Umbau unserer Verteilnetze für den Transport von Wasserstoff. Nur so können wir die Versorgung von morgen sichern, das Klima schützen, Strom und Gas bezahlbar machen.

Mehr Wettbewerb bei Energie

Im Sinne Ludwig Erhards dürfen wir bei der Transformation unseres Energiesystems nicht auf dirigistische, staatliche Lösungen setzen. Es gilt, Fehlanreize zu vermeiden, auf das reinigende Zusammenspiel der Marktkräfte im Wettbewerb zu vertrauen. Unternehmen müssen zur treibenden Kraft gesellschaftlichen Wandels werden – gegen alle Widerstände. Damit Wohlstand, sozialer Ausgleich und die Bewahrung der Schöpfung in Einklang gebracht werden können. Stellen wir das Energiesystem also auf ein starkes Fundament – mit sechs Handlungsfeldern.

Erstens: durch freie Preisbildung. Zum Beispiel im Rahmen des Europäischen Emissionshandels, des wichtigsten EU-Klimaschutzinstruments. Hier können die Emissionsberechtigungen auf dem Markt frei gehan-

delt werden, wodurch sich ein Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen ergibt. Der Preis setzt Anreize bei Unternehmen, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Dieses System gilt es zu stärken und auszuweiten. So kann ein effektiver europaweiter Klimaschutz auf marktwirtschaftlicher Basis gewährleistet werden. Damit würde sich der ordnungspolitische Flickenteppich in der deutschen Energiewirtschaft erübrigen. Denn einzelstaatliche Dekarbonisierungsmaßnahmen haben sich oft genug als wirkungslos, gar kontraproduktiv erwiesen. Und sie waren volkswirtschaftlich teuer. Mit einem europaweit funktionierenden Emissionshandel in allen relevanten Sektoren bräuchte es die Vielzahl an staatlichen Einzelmaßnahmen nicht, wie Subventionen, Erneuerbare-Energien-Gesetz oder CO₂-Steuern.

Zweitens: durch Stärkung der Resilienz. Deutschland zeigt sich auch in dieser Krise anfällig. Politik und Unternehmen sind Getriebene. Das muss sich ändern. Es braucht eine krisenfeste Infrastruktur, um die Leistungsfähigkeit nicht nur in guten Zeiten aufrechtzuerhalten.

Drittens: durch strategischere Vorausschau. Die Akteure der Sozialen Marktwirtschaft müssen gerade in einer globalisierten und komplexen Welt geostrategischer handeln. Dazu gehört, stärker in Szenarien zu denken und das vermeintlich Udenkbare einzukalkulieren. Dass Russland einen Wirtschaftskrieg gegen Europa mit Energie als Waffe führt, hätte niemanden überraschen dürfen.

Viertens: durch Lösungsoffenheit. Anstatt dirigistischer Vorgaben, etwa im Wärmemarkt zulasten von Erdgas und Wasserstoff, braucht es einen klugen Mix an Lösungen. Wenn etwa im Straßenverkehr einzig Batterien oder in der Hauswärme nur noch Wärmepumpen forciert werden, begrenzen wir in Deutschland nicht



Eine krisenfeste Infrastruktur ist Voraussetzung für die Transformation des Energiesystems

Lassen Sie uns stärker auf die Marktkräfte vertrauen

nur unsere Innovationskraft. Wir machen uns auch erneut abhängig von bestimmten Herstellern, Rohstoffen und Lieferketten. Durch die Transformation ist das Energiesystem komplexer, volatil und dynamischer geworden. Eine „One-Size-Fits-All“-Lösung kann es hier nicht geben.

Fünftens: durch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dafür muss der Energiesektor auch von „Schlacken“ befreit werden, wie es Ludwig Erhard einmal treffend gesagt hat. Es darf nicht sein, dass der Bau eines Windparks aufgrund lang-

wieriger Genehmigungsverfahren rund sieben Jahre dauert und dass bis zu 80 Genehmigungen nötig sind, um alle Teile für ein Windrad auf die Baustelle zu transportieren.

Sechstens: mit starken Netzen. Sie sind das Rückgrat der Energiewende. Allein die Stromnetze brauchen Investitionen in Höhe von 180 Milliarden Euro bis 2045, um für das klimaneutrale Energiesystem gerüstet zu sein. Aber der Um- und Ausbau muss sich rechnen. Netzbetreiber operieren in einem streng regulierten und einem nicht wettbewerblichen Monopolgeschäft. Die Kosten für den energiewendefesten Umbau unserer Versorgungsinfrastruktur sind darin noch nicht hinreichend berücksichtigt. Ein Weg wäre, einen Klimaschutzbonus in die Anreizregulierungsverordnung aufzunehmen, damit Netzbetreiber den Aufbau einer Klimainfrastruktur tatsächlich finanzieren können.

Lassen Sie uns wieder stärker auf die freien Marktkräfte vertrauen. Das heißt aber nicht, dass wir den Staat nicht brauchen. Eine pragmatischen Ordnungspolitik ist im Sinne Ludwig Erhards – etwa in Form einer befristeten Unterstützung bei der Markteinführung bestimmter Produkte. Ein Beispiel: Die Energiewende wird nicht ohne Wasserstoff gelingen. Beim globalen Wasserstoffhochlauf besteht aber ein Henne-Ei-Problem: Anbieter warten auf Abnehmer, Abnehmer auf Anbieter. In dieser Situation ist es richtig, dass der Staat den Hochlauf als Kickstarter unterstützt.

All dies zeigt: Diese Krise ist kein Schicksal, das wir über uns ergehen lassen müssen. Wir können sie gemeinsam meistern. Mit Vertrauen und Optimismus und mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Die deutsche Nachkriegsgeschichte hat Ludwig Erhard recht gegeben. Und auch jetzt gilt: Wir brauchen mehr Ludwig Erhard. ■



1897 · Ludwig Erhard · 2022

Jetzt mitmachen und gewinnen!

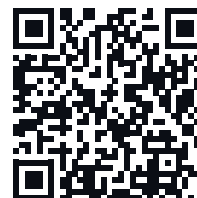
Füllen Sie den Coupon aus und senden Sie ihn an: Ludwig-Erhard-Stiftung, c/o Holderstock Media GmbH, Seidlstr. 26, 80335 München. Oder scannen Sie den QR-Code und beantworten Sie die Frage einfach im Internet.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir als **Hauptpreis eine Reise nach München** mit Übernachtung, Besuch des Viktualienmarkts, einer Stadtrundfahrt und einer Stippvisite in der Bayerischen Börse.

Daneben gibt es als Preise:

- 25 x das Buch „Wohlstand für Alle“ mit Nachwort von Roland Koch
- 25 x ein Jahresabonnement des Finanzmagazins „Courage“
- 25 x das Buch „Die Geheimnisse der Börsenmillionäre“ von Peter Balsiger

Einsendeschluss ist der 30.11.2022. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die Gewinner werden bis zum 15.12.2022 benachrichtigt.



Viel Glück!

Ludwig Erhard war (kreuzen Sie alle richtigen Antworten an):

- Bayerischer Wirtschaftsminister
- Mitglied des Deutschen Bundestages
- Deutscher Wirtschaftsminister
- Deutscher Bundeskanzler
- Passionierter Zigarrenraucher

Name

Adresse

Ja, ich will künftig den kostenlosen Newsletter der Ludwig-Erhard-Stiftung beziehen. Hier meine E-Mail-Adresse:



Wir bekennen uns zu Ludwig Erhard

WMP EUROCOM AG
WIRTSCHAFT • MEDIEN • POLITIK • BERATUNG

Er war der Vater der Sozialen Marktwirtschaft –
und deshalb so erfolgreich, weil er Wirtschaft erklären konnte.

Wir fühlen uns seinem Vermächtnis verbunden.
Die WMP Eurocom AG ist Deutschlands führende
unabhängige Kommunikationsagentur.

Wir erzählen auch Ihre Geschichte –
spannend, eingängig und mit Durchschlagskraft.



DJE – ZINS & DIVIDENDE
**KONSEQUENT
FLEXIBEL UND
AUSGEWOGEN**

DR. JAN EHRHARDT
Fondsmanager und Vorstand
DJE Kapital AG

Kapital erhalten – Mehrwert schaffen

Wird es turbulent an den Märkten, trennt sich die Spreu vom Weizen. Der **DJE – Zins & Dividende** kann sein Aktienengagement auf ein Minimum beschränken, in Anleihen mit Zinserträgen investieren oder die Cash-Quote erhöhen. Aktives Management setzt auf Branchen und Unternehmen, die auch in Krisen Gewinne erzielen können.

Dies ist eine Marketing-Anzeige. Bitte lesen Sie den Verkaufsprospekt des betreffenden Fonds und das KIID, bevor Sie eine endgültige Anlageentscheidung treffen. Diese Unterlagen können in deutscher Sprache kostenlos auf www.dje.de unter dem betreffenden Fonds abgerufen werden. Eine Zusammenfassung der Anlegerrechte kann in deutscher Sprache kostenlos in elektronischer Form auf der Webseite unter www.dje.de/zusammenfassung-der-anlegerrechte abgerufen werden. Alle hier veröffentlichten Angaben dienen ausschließlich Ihrer Information, können sich jederzeit ändern und stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar.